

Solidaritätspreis 3,- DM

VORAN

Zeitung der
SAW

Sozialistische Alternative

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

VORAN Nr. 205 Mai 1999

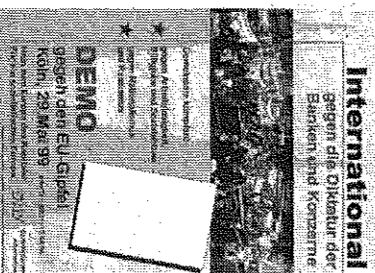
Stoppt den Krieg!

NATO raus aus dem Balkan

Schluß mit Vertreibung und nationaler Unterdrückung

Selbstbestimmungsrecht für den Kosovo

- ☆ Gegen Nationalismus und Rassismus
- ☆ Für den Aufbau multinationaler Arbeiterorganisationen in den Ländern des Balkans
- ☆ Internationale Einheit der ArbeiterInnen und Jugendlicher gegen die Kriegstreiber der NATO-Staaten und im Kampf für den Sturz der reaktionären Regime auf dem Balkan
- ☆ Für ein unabhängiges sozialistisches Kosova, für eine freiwillige sozialistische Föderation der Länder des Balkans
- ☆ Sofortige Mobilisierung für eine bundesweite Demonstration gegen den Krieg durch DGB und Friedensbewegung
- ☆ Für eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge. Aufbau demokratischer Vertretungsgänge der Flüchtlinge
- ☆ EU-Grenzen auf für alle Flüchtlinge
- ☆ Stopp aller Abschiebungen
- ☆ Stopp aller Waffenexporte
- ☆ Schluß mit dem Embargo gegen die Bevölkerung in Jugoslawien
- ☆ Bezahlung der Bombenschäden durch die Kriegstreiber der NATO-Staaten



Angeblick geht es der NATO beim Angriff auf Jugoslawien um die Verhinderung einer humanitären Katastrophe". Aber was haben die Bombardements bewirkt? Statt Wasser hat die NATO Öl ins Feuer gegossen: Die Anzahl der Flüchtlinge hat sich vervielfacht, das Leid hat sich vergrößert. Entgegen der Legende vom "sauberen Krieg" ist die jugoslawische Zivilbevölkerung der Leidtragende der NATO-Angriffe. Nach jugoslawischen Angaben sind bisher mehr als 2000 Zivilisten im Bombenhagel gestorben. Die Autofabrik Zastava im mitteleuropäischen Kragujevac wurde bombardiert, obwohl die NATO warnte, daß sich dort 3.500 Arbeiter und Familienangehörige aufhalten. 124 wurden verletzt. Katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt werden von der NATO bewußt in

Kauf genommen. Diese "Retter der Humanität" setzen sogar, wie im Krieg gegen den Irak, "uranhaltige Geschosse ein, die dort zu gestiegenen Krebsraten und Totgeburten geführt haben. Den Herrschenden des Westens geht es nicht darum, Vertreibung und nationale Unterdrückung zu beenden. Jährlich haben sie die Unterdrückung im Kosovo ignoriert. US-Präsident Clinton verwirklicht offen den Kosovo-Abnahm das Recht auf Selbstbestimmung. Noch heute leistet auch das von rot/grünen ex-Pazifisten regierte Deutschland, ihrem NATO-"Partner" Türkei finanzielle und militärische Hilfe beim Völkermord in Kurdistan. 500.000 Vertriebene, 40.000 Tote und 3000 niederbebaunte kurdische Dörfer - diese humanitäre Katastrophe ist von denselben Mächten ge-

wollt, die sich auf dem Balkan zu Friedensengeln aufspielen. Ginge es den Herrschenden des Westens darum, Menschen in Not zu helfen, könnten sie das viele Geld, das für militärische Einsätze so locker sitzt, ja dafür verwenden. Nach Angaben der Münchener Bundeswehr Universität hat der Kriegssatz bis zum 15. April mindestens drei Milliarden DM gekostet. 60.000 DM kostet jede Stunde Einsatz der Bundeswehr Tomados. Mit den 400 Milliarden Dollars, die die NATO-Staaten im letzten Jahr für Rüstung ausgegeben haben, könnten Hunger, Wassermangel, Seuchen und Armut weltweit sofort beseitigt werden. Stattdessen wird Geld verwendet, um Jugoslawien ins Mittelalter zurückzubomben. Für den Wiederaufbau des Balkans sind die Kosten noch gar nicht abzusehen.

Aber wie kann das Leid der Menschen im Kosovo beendet werden? Tatsache ist: Der NATO-Krieg kann keinen Frieden für den Balkan bringen. Die NATO hat in den 50 Jahren ihres Bestehens noch nirgendwo Frieden gebracht. In diesen 50 Jahren sind aber viele Diktatoren und Kriegstreiber durch Massenbewegungen gestürzt worden. Die Beendigung der NATO-Angriffe ist die Voraussetzung dafür, daß sich eine Opposition in Rest-Jugoslawien formieren und den Kampf gegen das Regime aufnehmen kann. Der Sturz der Milosevic-Clique würde den Weg frei machen für ein Ende der Unterdrückung und Vertreibung im Kosovo.

Daniel Behruzi, Köln

Demonstration

☆ gegen den EU-Gipfel
☆ gegen das Treffen der Kriegstreiber
am 29. Mai in Köln
auf dem Rudolfplatz, Info-Telefon (0221) 13 46 04

Wer hat Deutschland vom Faschismus befreit?

„Wir arbeiten nicht für'n Appel und'n Ei“

Warum die Alliierten gegen Nazi-Deutschland kämpften und das faschistische Portugal 1949 NATO-Mitglied wurde

Krankenhausbeschäftigte wehren sich gegen Lohnverlust und Flexibilisierung

Wer kann den Krieg beenden?

Die Ursachen des Krieges und die Aufgaben der Arbeiterbewegung

Rede von Joe Higgins im Irischen Parlament

„Ich denke, es ist absolut notwendig, daß das Milosevic-Regime gestürzt wird, aber das ist nicht das Ziel der NATO“

NATO-Flüchtlingspolitik

Viel Propaganda - kaum Hilfe

Die ganze Scheinhelligkeit der Bundesregierung in diesem Krieg zeigt sich in der Art, wie sie die Flüchtlinge aus dem Kosovo behandelt.

Ursel Beck, Köln

Laut Juristenorganisation Iuliana ist 1996 mit dem Milosevic-Regime ein Rückführungsabkommen vereinbart worden, das bis kurz vor Kriegsbeginn die Grundlage für Abschiebungen nach Belgrad, unter anderem von Kosovo-Albanern, bildete. Abgewiesene Asylbewerber erhielten noch mindestens bis drei Wochen nach Kriegsbeginn Ausweisungsscheide mit der Aufforderung zur „unverzüglichen Ausreise“. Als kurz nach den ersten Bombenangriffen hunderttausende Flüchtlinge in Albanien und Mazedonien eintrafen, boten die NATO, die Flüchtlinge müßten dort bleiben, damit Milosevic die Entschlossenheit der NATO sehe, die Kosovo-Albaner so schnell wie möglich wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Heimnahe Unterbringung damit zu begründen, daß die Flüchtlinge schnell wieder in ihre Häuser zurück können, ist im Zeitalter von Flugverkehr und schnellen Verkehrsmitteln ein völlig ungläubwürdiges Argument. Die NATO zog es vor, zehntausende Menschen auf schlammligen Flächen, voll

Müll und Unrat, kampieren zu lassen. Jeden Tag sterben Flüchtlinge an den Folgen dieser unmenschlichen Zustände.

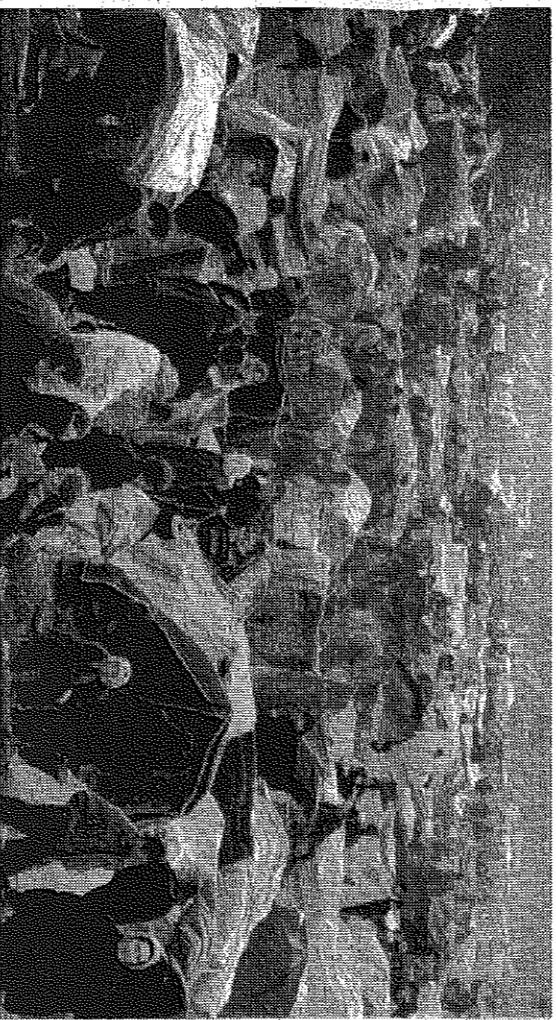
Zögerliche Hilfe

Erst eine Woche nach Kriegsbeginn, organisierte die Bundeswehr die ersten späteren Hilfsleistungen. In Sabina Christianens Talkshow erfuhr die Öffentlichkeit von einem Sprecher des Kriegsministeriums nebenbei, daß die Bundeswehr die erste Zelstadt aufbaute, nachdem die Flüchtlinge aus Not und Verzweiflung die Bundeswehrlager in Mazedonien zu stürmen drohten.

Kein Visum

Als die Hilfsorganisation Cap Anamur Anfang April den Abwurf von Hilfsgütern an die Flüchtlinge, die im Kosovo ohne Nahrungsmittel durch Schnee und Regen irren, und Verhandlungen mit Milosevic über einen humanitären Korridor zur Versorgung der Flüchtlinge im Kosovo verlangte, wurde beides von der NATO abgelehnt.

Erst drei Wochen nach Kriegsbeginn, nachdem bereits hunderttausende geflohene Kosovo-Albaner unter menschenunwürdigen Bedingungen in den armen, völlig überforderten Anrainerstaaten da-hinvegetierten und die Stimmung in der Bevölkerung konkrete Hilfsmaßnahmen ver-



In den Flüchtlingslagern herrschen katastrophale Zustände

Gegen Krieg und Imperialismus Neue Arbeiterpartei aufbauen

Als vor 7 Monaten die Kohl-Regierung per Stimmzettel aus dem Amt gejagt wurde, war die große Mehrheit der Bevölkerung erleichtert. Zum erstenmal in der Geschichte der BRD gab es eine parlamentarische Mehrheit links von den traditionellen bürgerlichen Parteien CDU/CSU und FDP. Die Grünen, vor 19 Jahren hervorgegangen aus den großen Protestbewegungen gegen Atomenergie, Aufrüstung und öffentliche Bundeswehr-Gelöbnisse, kamen in die Bundesregierung.

Müll und Unrat, kampieren zu lassen. Jeden Tag sterben Flüchtlinge an den Folgen dieser unmenschlichen Zustände.

Krieg ist Klassenfrage

Krieg ist die Fortsetzung von Klassenkampf mit brutaleren Mitteln. Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien ist einzig und allein im Interesse der Kapitalisten im Westen. Sie wollen den Balkan für ihre Profitinteressen unter ihre Kontrolle bringen. Im Balkan selbst hat die Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen dazu geführt, daß sich vom Westen unterstützte kapitalistische Klienten herausbildeten, die Nationalismus schütten, um die Arbeiterklasse zu spalten. Völlig die jahrzehntelange in einem Staat zusammenleben, wurden auseinandergerißelt und in Bürgerkriege verwickelt. Auf dem Balkan und in

langte, waren die NATO-Staaten zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit. Allerdings wurden sofort, ohne Berücksichtigung des eigentlichen Flüchtlingselends, Begrenzungen festgelegt. Zunächst 10.000 Menschen für die BRD. Zum Vergleich: Auf dem Höhepunkt des Krieges um Bosnien waren allein aus Bosnien 350.000 Menschen nach Deutschland geflohen.

Laut Agenturmeldung von Mitte April gibt es einen Beschluß der Innenministerkonferenz, der ein geradezu klassischer Beweis dafür ist, wie menschenverachtend der deutsche Staat mit den Flüchtlingen, die ums nackte Überleben kämpfen, umgeht. Sollten hier lebende Albaner selbst her-auszuholen, so würde ihnen an der Grenze das Visum verweigert. Eine Verpflichtungserklärung, wonach Gastgeber sich bereit erklärten, für alle anfällenden Kosten aufzukommen, sei nicht möglich. Es ist zu hoffen, daß sich innerhalb der Bevölkerung immer mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß es der NATO und der rot-grünen Regierung nicht um die Menschen geht, sondern daß sie die Flüchtlinge nur politisch ausbeuten für ihre dreckige Kriegspolitik.

unser standpunkt

UNO ist keine Lösung

1989 wurde noch vom Kapital das Ende des „Kommunismus“ überschweiglich gefeiert und eine neue Weltordnung mit Freiheit, Frieden und Wohlstand verkündet. Der Nato-Krieg gegen Rest-Jugoslawien zeigt deutlich, daß der Imperialismus den Völkern der Erde nichts anderes als Tod, Bomben und Zerstörung anzubieten hat. Das Elend, das von der neuen Welt-„Ordnung“ geschaffen wurde, wird nun überall als Vorwand benutzt, um mit militärischer Gewalt die imperialistische Herrschaft zu sichern. Die Tarnung als humanitäre Aktion ist nötig, um den erforderlichen Rückhalt in der Bevölkerung zu erhalten. Aber die hohe Zustimmung seitens der Bevölkerung, konnte nur erreicht werden, weil derzeit eine starke Opposition gegen den Imperialismus fehlt.

Eine Opposition, die gegen den Krieg aber nicht gegen den Imperialismus ist, hat keine Antwort auf die meiste Frage: Was ist die Alternative zu den Nato-Bomben, wer kann die Unterdrückung und Vertreibung im Kosovo schnell beenden? Die paar Kriegsgeldern in der SPD und bei den Grünen, die PDS, die Reste der alten Friedensbewegung und Teile der Alt-Linken fordern ein Eingreifen der UNO als Alternative zur Nato! Eine auf den ersten Blick erstaunliche Forderung seitens der Kräfte, die noch 1991 gegen den UNO-Krieg gegen den Irak protestiert haben.

UNO, Deckmäntelchen der Nato

Die UNO ist bestenfalls ein Instrument zur Regelung der Streitigkeiten unter den Herrschenden und niemals eine demokratische Vertretung der Völker. Weil fast alle Länder der Welt Mitglied der UNO sind, wird der Eindruck erweckt, die UNO sei geeignet zur Schlichtung von Konflikten und zur Vertretung von Menschenrechten, quasi als „neutrale Organisation“. Die UNO ist aber eine reine Ansammlung von Menschenrechtsverletzern: laut amnesty international

werden in mindestens 124 Staaten Menschen gefoltert. Der Korea-Krieg 1953, der Krieg im Kongo 1961 und der Golfkrieg gegen den Irak 1991 wurden unter dem Mandat der UNO geführt. Aber sie dienten nicht humanitären sondern imperialistischen Zielen. Wer heute nach UNO ruft, gar ihre Stärkung fordert, wird sich morgen als Wegbereiter der Nato erweisen: nämlich dann, wenn die Nato wieder die UNO als Deckmantel einsetzen wird, weil sie unter eigenem Namen nicht mehr weiterkommt. Die UNO handelt und handelt immer im Interesse der großen imperialistischen Mächte oder sie handelt gar nicht.

Wie ist die Hinwendung der „Linken“ zur UNO zu erklären? Sie haben die Vorstellung einer Alternative zu Kapitalismus und Imperialismus aufgegeben. Sie suchen verzweifelt nach Lösungen im Rahmen des bestehenden Systems. Ihr mangelndes Vertrauen in die Arbeiterklasse führt sie dazu, das Schicksal der Völker der UN-Vollversammlung anzuerkennen. Die ist und bleibt aber nichts anderes als die Versammlung der Clintons, Milosevic, Jelzins, Ecevicis, Schröders, und wie die anderen Vertreter der 185 Staaten der UNO heißen. Diktatoren werden nicht vom Imperialismus verjagt. Diktatoren werden durch Aufstand und Revolution von unten durch die Arbeiterklasse und armen Bauern gestürzt (Schah von Persien 1979, Somoza in Nicaragua 1978, Ceausescu in Rumänien 1989, Honecker in der DDR 1989, Mobutu in Zaire 1997) oder Suharto in Indonesien 1998). Die UNO ist auch unfähig, die Welt vom tödlichen Gift des Nationalismus zu befreien. Es sind die Mitgliedsstaaten der UNO selber, die dieses Gift zum eigenen Machterhalt einsetzen. Die Alternative zu diesem Krieg liegt nicht im Eingreifen der UNO sondern im gemeinsamen internationalen Kampf gegen Unterdrückung und Krieg und im Kampf für eine sozialistische Alternative zu Imperialismus und Kapitalismus.

wohl die PDS formal noch immer einen sozialistischen Anspruch hat, ist von einer sozialistischen Lösung für den Balkan keine Rede.

Dieser Krieg und die Politiken von SPD, Grünen und PDS zeigen die dringende Notwendigkeit eine neue sozialistische Arbeiterpartei aufzubauen. Dafür kämpft die SAV. Wir rufen Kriegsgegner auf, bis uns Mitglied zu werden.

Ursel Beck, Köln

In eigener Sache
Redaktionsanschub für diese Ausgabe war der 23. April 1999.

Neuaufbau der Arbeiterbewegung



Heute gibt es weder auf dem Balkan, noch in den NATO-

gibt es weder auf dem Balkan, noch in den NATO-

Wer hat Deutschland vom Faschismus befreit?

Die westlichen Staaten ver- gleichen ihren Krieg gegen Jugoslawien mit dem Krieg der Alliierten gegen Hitler. Angeblich waren sie es, die Deutschland vom Faschismus befreit haben. Aber das ist genauso eine Lüge wie heute ihre Behauptung, das Kriegsziel sei die Befreiung der Kosovo-Albaner.

1933 brachen die Bosse der deutschen Großkonzerne Hitler an die Macht. In ihrem Interesse wurden KPD, SPD und Gewerkschaften verboten, die

Land als „Bollwerk gegen den Bolschewismus“ betrachteten. Die britische und amerikani- sche Schwerindustrie half bei der Wiederaufrüstung Deutschlands. Die „Bank of England“ half Hitler mit Krediten seine Macht zu stabilisie- ren. Der Chef der Bank rech- fertigte die Gelder an die Nazis als „eine Investition gegen den Bolschewismus“.

Hauptfeind Sowjetunion
Die Herrschenden in Groß- britannien und den USA ließen Hitler zunächst freie Hand in der Hoffnung, der Krieg von

Land noch nicht den Krieg. Die Kriegserklärung von Großbrit- annien erfolgte erst im Sep- tember 1939 – 10 Monate nach der Reichskristallnacht und als der Völkermord an den Juden schon im Gang war.

Gründe für die Kriegserklä- rung Großbritanniens zu die- sem Zeitpunkt waren nicht plüßlich entdeckte Grausam- keiten des Faschismus. Die bri- tische herrschende Klasse sah vielmehr inzwischen ihre eige- nen Weltmachtinteressen von Deutschland bedroht. Damit sie für ihren Krieg die Unter- stützung in der eigenen Bevöl-

nicht in erster Linie um den Faschismus zu besiegen, eröff- neten sie im Juni 1944 die Westfront.

Bomben auf Arbeiterviertel

Dab es den westlichen Alli- ierten nicht darum ging, die deutsche Bevölkerung zu be- freien, zeigen ihre Flächen- bombardements deutscher Städte ab 1943. Es wurden nicht die Wohnviertel der Rei- chen, die Hitler an die Macht gebracht hatten, bombardiert. Gezielt wurden Arbeiterviertel

Ende der Nazi-Diktatur die Ar- beiterklasse mit den Kapitalis- ten, die Hitler an die Macht gebracht hatten, abrechnen würde und mit ihnen den Ka- pitalismus in Deutschland ab- schaffen würden.

In Griechenland wurden 1944 britische Truppen gegen die kommunistisch geführte Widerstandsbewegung einge- setzt, um eine Revolution zu verhindern. Die Widerstands- bewegung hatte gegen die deutsch-italienisch-bulgari- schen Besatzer gekämpft.

Rote Armee besiegte die Nazis

Der Krieg gegen den Hitler- Faschismus wurde durch die Sowjetunion entschieden. Der Sieg des planwirtschaftlichen Systems der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg war ein Schock und eine gewaltige Niederlage für den westlichen Imperialismus. Anstatt die So- wjetunion durch einen Krieg wieder unter kapitalistische Kontrolle zu bekommen, hatte die Sowjetunion nach dem zweiten Weltkrieg halb Europa unter der Kontrolle. Der Aus- gang des Zweiten Weltkriegs hatte das Kräfteverhältnis ent- scheidend zugunsten der So- wjetunion verändert. Der Ab- wurf der Atombomben auf Na- gasaki und Hiroshima war nichts anderes als der militäri- sche Versuch des US-Imperia- lismus gegenüber der Sowjet- union Stärke zu demonstrieren. 132.000 Tote, unzählige Ver- letzte und verheerende Lang- zeitfolgen für die Opfer wur- den bewußt in Kauf genom- men.

Ein Kreuzzug für die Demokratie?

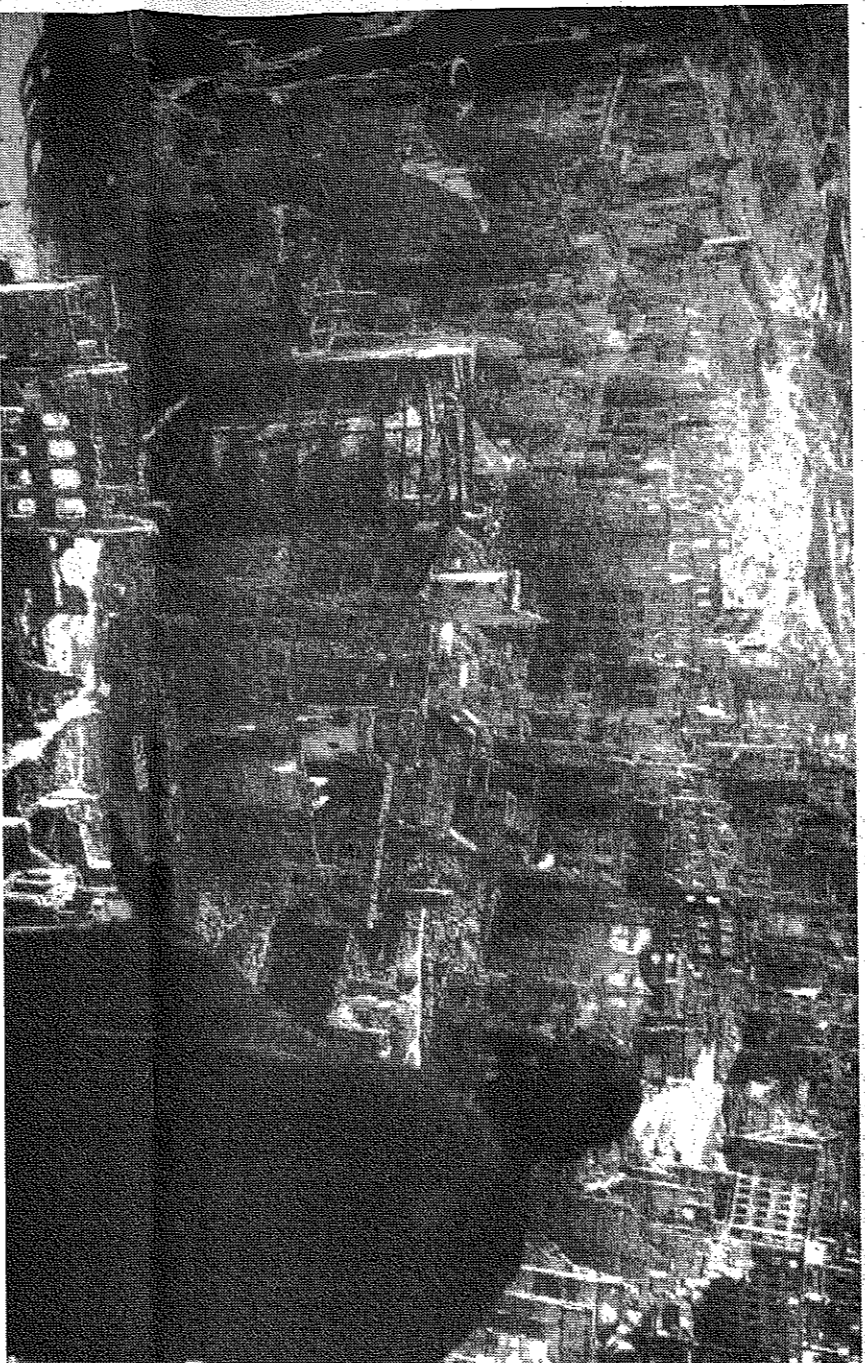
Wenn der Krieg der westli- chen Alliierten tatsächlich ein Kreuzzug für die Demokratie gewesen wäre, warum haben sie dann die damaligen faschi- stischen Regimes in Spanien und Portugal nicht beseitigt? (Das faschistische Portugal wurde 1949 Mitglied der Nato!). Und was für eine merkwürdige Befreiungsarmee war die britische Armee, die hunderte Millionen Menschen in kolonialer Knechtschaft hielt? Ziel der Alliierten war, eine revolutionäre Welle nach Kriegsende zu verhindern, die Ausdehnung des Einflußbe- reichs der Sowjetunion zu be- grenzen und den Weltmarkt zu ihren Gunsten neu aufzuteilen.

Ursel Beck, Köln

Der wächst unter der Bevöl- kerung gerade. Viele geben den Kosovo-Albanern schnell die Schuld. Viele haben aber auch Mitleid mit den Albanern, bestehen aber darauf, daß es keinen albanischen Staat Ko- sovo geben darf.

Wie steht die Bevölkerung zu Milosevic?

Vor zwei Jahren gab es noch große Demonstrationen gegen Milosevic. Durch die NATO- Angriffe ist immer weniger Kritik an ihm zu hören. Die Einstellung ist vielfach, daß es zwar innenpolitische Kritik mentum und erkennen, daß die



Im Februar 1945 wurde Dresden durch britische und amerikanische Bomber in Schutt und Asche gelegt. Die Zahl der Toten wird auf 35000 geschätzt

gesamte Arbeiterbewegung zerschlagen und jede Opposi- tion zum Regime brutal unter- drückt. Die herrschende Klasse in Deutschland wollte Krieg. Sie sah in der Eroberung frem- der Länder, vor allem des Ostens, den einzigen Ausweg aus der tiefen Krise ihres Sys- tems. Vor allem die Existenz von Staatseigentum und Plan- wirtschaft in der Sowjetunion war bei den westlichen kapita- listischen Regierung verhaßt, weil sie dadurch daran gehin- dert wurden, die Staaten der Sowjetunion wie vor der Okto- berrevolution auszunutzen. Die britische Regierung beju- belte die Machtergreifung der Nazis, weil sie Nazi-Deutsch-

Nazi-Deutschland gegen den Osten würde mit der Wieder- herstellung kapitalistischer Verhältnisse in der Sowjetun- ion enden. Sie gingen davon aus, daß der Krieg zwischen Sowjetunion und Deutschland beide Seiten so aufreiben wür- de, daß sie am Ende interve- nieren und als Sieger die Kon- trolle übernehmen könnten.

Hitlers Vorbererung auf einen Krieg, seine Besetzung des Rheinlands und Österreichs und die Invasion in die Tsche- choslowakei 1938 wurden von den britischen Kapitalisten und ihrer Regierung unterstützt. Selbst als Hitler den Blitzkrieg gegen Polen führte erklärte Grobbritannien Nazi-Deutsch-

Kernung bekam wurde der Krieg als „Kreuzzug gegen den Faschismus“ verkauft.

Westen wartet auf Kosten der Sowjetunion

Die Westmächte weigerten sich aber noch jahrelang, im Westen eine Front gegen Deutschland zu eröffnen. Sie hofften immer noch darauf, daß der Hitler-Faschismus erst die Sowjetunion besiegt.

Aber die Rote Armee mar- schierte ab Februar 1943 west- wärts. Nun bekamen die west- lichen Alliierten Angst, die Rote Armee könnte bis zur Al- lanikküste vordringen. Um die- sen Vormarsch zu stoppen und

„Es geht nur noch ums Überleben“

Gloria D. (24) ist Serbin und arbeitet als Ergotherapeutin in Köln. Sie hat in den letzten Wochen regelmäßigen Kon- takt zu ihren Verwandten und Freunden in Jugoslawien ge- habt und sprach mit VORAN über die Lage auf dem Bal- kan.

VORAN: Wie stellt sich Dir die Situation in Jugoslawien aus den Gesprächen mit den Freunden und Verwandten dar?

Gloria: Ein Freund sagte zu mir: „Wir können uns hier nicht

und Geschäfte sind geschlos- sen, selbst in Krankenhäusern gibt es nur Notversorgung, nur die Bäckerinnen arbeiten regel- mäßig, um die Bevölkerung mit Brot zu versorgen. Frauen und Kinder sind auf die Döfner gezogen und werden dort kol- lektiv versorgt. Die Menschen können nicht schlafen und ha- ben Todesangst. Meine Tante erzählte mir: „Täglich gibt es mehrere Fliegeralarm. Wenn die Bomber kommen wird es sehr laut. Man sieht die Raketen, wie sie herunterfallen und weiß nicht, wo sie landen wer- den.“ Als eine Rakete drei Ki- nder getötet hat, wurde die

der Wohnung geschleu- dert. Ein Freund von mir war einschlief. Er meinte, daß sei, als ob man direkt neben einer Einlaussend-Wart-Baß-Box stünde, die aufgedreht wird, als ob es einem die Lunge weghaut. Raketenziele fliegen durch die Städte und können jeden treffen. Es ist Unsinn, daß die Bombenangriffe nur militärische Anlagen treffen würden. Mir wurde unter an- derem berichtet, daß auch Kin- dergärten getroffen wurden. Da Kindergärten und Schulen aber geschlossen sind, wurde

die Bevölkerung zu Milosevic? Vor zwei Jahren gab es noch große Demonstrationen gegen Milosevic. Durch die NATO- Angriffe ist immer weniger Kritik an ihm zu hören. Die Einstellung ist vielfach, daß es zwar innenpolitische Kritik mentum und erkennen, daß die



Ihr da oben ...

Waffenindustrie

„Die Bedeutung des Krie- ges für diese Industrie [die Rüstungsindustrie] ist im- mens“, gab jetzt eine Spre- cherin des Boeing-Konzerns zum Besten und erklärt wei- ter, es sei schließlich „der Zweck von Waffen, genutzt zu werden“. Und ein Zweck des Krieges ist es, so könne man hinzufügen, daß die Waffenreservenle nachher zu gunsten der Rüstungsindu- strie und zu Lasten der Steu- erzahler wieder aufgefüllt werden. Kein Wunder, daß die Aktien des amerikani- schen Raketenherstellers Raytheon seit dem NATO- Angriff um 10 Prozent in die Höhe geschwollen sind.

Waffenhändler

Deutschland steht weltweit an führender Stelle der waffen- exportierenden Staaten; in- nerhalb der EU sogar an zweiter. Insgesamt lieferte die deutsche Rüstungsindu- strie zwischen 1993 und 1997 Waffen im Wert von 7,17 Milliarden DM. Zu den Empfängern von deutschen Waffen zählen die Regime in der Türkei und Indonesien und Südkorea. Deutsche Waffen waren im Golfkrieg auch auf Seiten des Iraks im Einsatz. Auf dem Balkan verfügen die kroatische Ar- mee über deutsche Waffen. Albanien erhielt von Deutschland Waffen aus ehemaligen Beständen der DDR geschenkt, mit denen sich wiederum die UCK ver- sorgte.

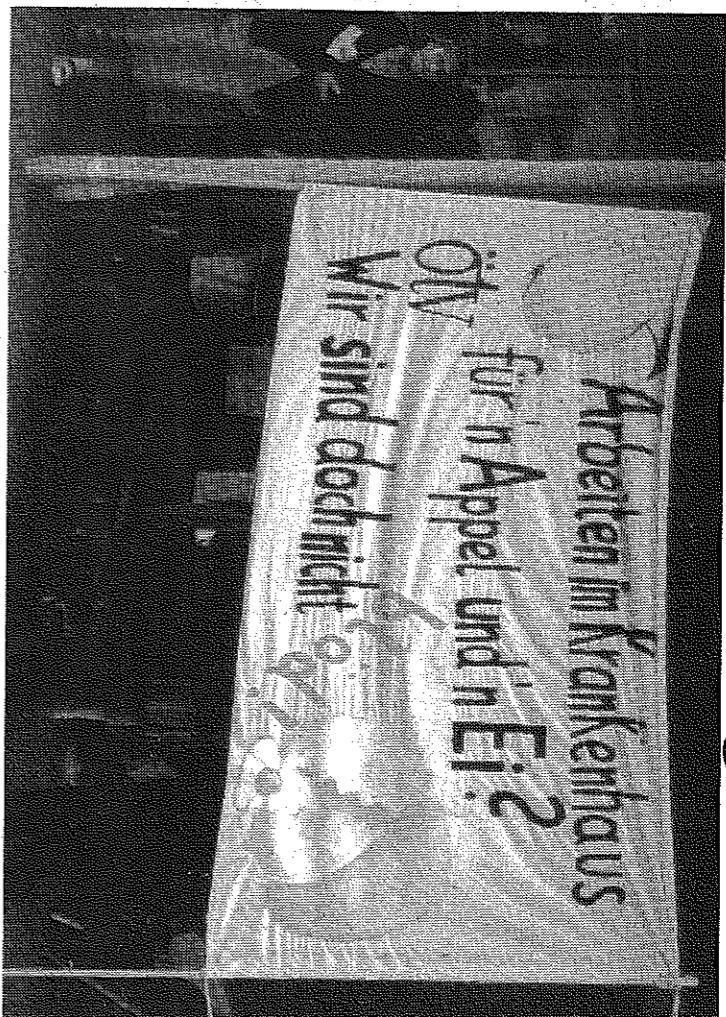
UNO

Drei der fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat (USA, Grobbritannien, Frankreich), führen ge- meinsam Krieg gegen Jugoslawien. Die anderen beiden, Rußland und China haben ihre eigenen Leichen im Keller. Rußland hat 1994 in Tschetschenien angegriffen, um die Abspaltung zu ver- hindern. Dieser Krieg forderte 80.000 Todesopfer. In China fand 1988 das Massa- ker auf dem Platz des himm- lischen Friedens statt, außer- dem wird dort jede Opposi- tion massiv verfolgt und Mi- ninderheiten wie in Tibet unterdrückt. Der Golfkrieg fand unter dem Mandat der UNO statt. Die Wahrheit über die UNO ist: In minde- stens 124 von 185 Staaten werden von staatlicher Seite Menschen gefoltert, mißhan- delt und vergewaltigt. (Jah- resbericht Amnesty Interna- tional 1997). Genau besehen ist die UNO nichts anderes als die größte Verbrecher- bande aller Zeiten.

Kriegsgewinnler

Westliche Konzerne liefer- ten auch noch Wochen nach Beginn des Krieges Öl an Belgrad. Gleichzeitig profi- tierten sie am Verkauf von Flugbenzin für die NATO- Bomber.

Tarifrunde Krankenhäuser und öffentlicher Dienst Gegen den Wegfall von Überstundenzuschlägen



70000 Krankenhausbeschäftigte protestierten im März gegen „länger Arbeiten für weniger Geld“

Mit dem Lohnabschluss im öffentlichen Dienst herrscht in diesem Jahr noch kein Tarifrifrieden. Die Arbeitgeber der Krankenhäuser hatten bereits im Januar 1999 einen Horrorkatalog von Eingriffen in bestehende Tarifverträge vorgelegt. Die Beschäftigten sollten zwischen 9.000 und 13.000 Mark Einkommensverluste hinnehmen und auch noch länger arbeiten.

70.000 der 490000 Arbeitern, Pflegekräfte und Ärzten haben sich Ende März an betrieblichen Protesten gegen diese Pläne beteiligt. Viele KollegInnen in der ÖTV haben gefordert, die Verhandlungen abzubrechen, wenn die Arbeitgeber nicht ihren gesamten Katalog zurückziehen. Doch

Vorher:

„Die Gewerkschaft fordert eine Höchstarbeitszeit von 45 Stunden in der Woche. Damit sollen Überstunden abgebaut und Arbeitsplätze abgesichert und neue geschaffen werden... Die Begrenzung der Überstunden ist gesellschaftspolitisch erforderlich, um den Arbeitsmarkt zu entsäubern.“ (ÖTV-Tarifinfo 11.11.98)

Nachher:

„Das höchstzulässige Zeitgut haben beträgt 80 Stunden in der Vereinbarung kann eine andere Höchstgrenze festgelegt werden, die 600 Stunden nicht übersteigen darf... Durch Vereinbarung kann in einer Verwaltung oder einem Betrieb ein zuschlagsfreier Arbeitskorridor von bis zu 45 Stunden wöchentlich eingerichtet werden... Arbeitsstunden im Korridor werden innerhalb eines Jahres ausgeglichen. Arbeitsstunden, die über 45 Stunden wöchentlich hinausgehen, sind Überstunden. In Bereichen, für die ein Arbeitskorridor vereinbart ist, darf eine Höchstarbeitszeit von 48 Stunden im Durchschnitt von 3 Wochen nicht überschritten werden.“ (Von der ÖTV unterschriebene Absichtserklärung zum Lohnabschluss 1999).

die ÖTV-Führung verhandelt weiter.

Flexibilisierung

Parallel zu diesen Verhandlungen finden für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst Verhandlungen zur Arbeitszeit statt. In einer gemeinsamen Absichtserklärung mit den Arbeitgebern hat die ÖTV-Führung beim Abschluss des Lohn-tarifvertrags ihre Bereitschaft für Mehrarbeit zwischen 38,5 und 45 Stunden zu übernehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können Überstunden und Vergütungen für Ruf-/Bereitschaftsdienste als Zeitzuschlä-

bekanntlich nicht müssen. Die ÖTV-Führung hat noch nicht einmal eine konkrete Forderung für den Umrechnungsfaktor erhoben. Die ÖTV-Führung versucht der Basis die Flexibilisierung mit mehr Zeitsouveränität zu verkaufen. Dabei liefert die Absichtserklärung, die die ÖTV-Führung unterschrieben hat, bereits eine Absage an die Arbeitszeiteressoren der KollegInnen: „Die Beschäftigten sind verpflichtet, im Rahmen der dienstlichen/betrieblichen Regelungen ihre Arbeitszeit an den anfallenden Arbeiten und ihrer fristgerechten Erledigung zu orientieren.“

Die Flexibilisierung soll so weit gehen, daß bis zu 600 Plusstunden auf dem Arbeitszeitkonto angesammelt werden können. All das wohnt die

setzung im Kern jetzt genauso wie im gesamten öffentlichen Dienst auf Flexibilisierung.

Die Arbeitgeber drohen mit Privatisierung, Tarifflucht und dem weiteren Abbau von 19.000 Stellen, wenn die ÖTV nicht nachgibt. Hinter dieser Drohung steckt ihre Erfahrung, daß sich Tarifflucht lohnt. In den lautenden Verhandlungen haben die Arbeitgebervertreter bekanntgemacht, daß die ÖTV mit Krankenhäusern, die ausgetreten sind, Haustarifverträge abschließen, die unterhalb des Tarifniveaus der öffentlichen Tarifverträge liegen. Das zeigt erneut die fatalen Folgen des Einklinkens der ÖTV-Führung in punkto Privatisierung und Tarifabsenkung für alle Beschäftigten. Der Kampf der Beschäftigten in den Krankenhäusern richtet sich auch gegen die rot-grüne Regierung. Bis heute weigert sich die grüne Gesundheitsministerin das von der Kohl-Regierung 1997 erlassene Gesetz zurückzunehmen, wonach Lohnerhöhun-

gen für die Krankenhausbeschäftigten nur noch teilweise von den Krankenkassen finanziert werden dürfen. Auf diese Gesetzesänderung stützen die Arbeitgeber ihren Angriff.

Die Arbeitszeitverhandlungen für die Krankenhäuser und den öffentlichen Dienst sollen bis 31. Juli abgeschlossen werden. Die Basis muß weiter Druck auf Verhandlungskommissionen, Tarifkommission und Hauptvorstand der ÖTV organisieren, sonst wird sie wieder der Verlierer sein. Daß die Kampfkraft vorhanden ist um Verschlechterungen abzuwehren, haben die ersten Proteste in den Krankenhäusern gezeigt.

Unser Programm:

- ★ Nein zu weiterer Flexibilisierung und Überstunden
- ★ Nein zum Wegfall von Überstundenzuschlägen
- ★ Neueinstellungen in den Krankenhäusern und im öffentlichen Dienst, statt Überstunden, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsplatzverminderung
- ★ Für eine garantierte Finanzierung der Personalkosten
- ★ Nein zu Privatisierung und zum Rückzug der Länder und Kommunen aus der Krankenhauserfinanzierung
- ★ Nein zu Tarifabschlüssen, die bestehende Tarife unterlaufen
- ★ Abschaffung aller Ost-Tarife und Schaffung einer Tarifeinheit für das gesamte Bundesgebiet
- ★ Gemeinsamer Kampf der Krankenhausbeschäftigten und Beschäftigten anderer Bereiche des öffentlichen Dienstes
- ★ Bundesweite ÖTV-Demo in Berlin mit der Forderung nach Rücknahme der Verschlechterungen bei der Krankenhausfinanzierung durch die rot-grüne Regierung
- ★ Gemeinsamer Kampf mit der in der HBV organisierten Bankangestellten und allen Gewerkschaften, die noch in der Tarifauserosierung stehen
- ★ Kein Abschluß eines Tarifvertrags ohne demokratische Diskussion und Abstimmung der Gewerkschaftsmitglieder

Dieter Janßen, ÖTV-Vertrauensmann u. Personalrat
Bürgerhospital Stuttgart

(Angabe der Funktion dient nur zur Kennzeichnung der Person)

Rettet den 1. Mai

Die Tradition des 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse geht zurück auf den Kampf der US-amerikanischen Arbeiter für den 8-Stundentag in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Die jahrelangen harten gewerkschaftlichen Kämpfe in den USA hatten große Ausstrahlung auf die Arbeiterbewegung in Europa, insbesondere auf die erstarkenden sozialdemokratischen Arbeiterparteien. Ihre Sozialistische Internationale erklärte den 1. Mai 1890 zum weltweiten Kampftag für den 8-Stundentag. In jahrzehntelangen harten Auseinandersetzungen setzten die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie gegen Unternehmer und Obrigkeit durch, jeweils am 1. Mai die Arbeit niederzulegen.

Zwischen den Gewerkschaften von damals und heute liegen Welten. Das zeigt das diesjährige Motto des DGB-Vorstands in aller Deutlichkeit: „Neues handeln. Für unser Land“. Der ursprüngliche Entschungsgedanke von internationaler Solidarität und weltweitem gemeinsamem Kampf wird ins Gegenteil verkehrt.

6. Bundesweites Treffen der ÖTV-Opposition

Am Samstag, den 8. Mai findet in Kassel das bundesweite Treffen des „Netzwerk für eine Kampf- und demokratische ÖTV“ statt. Das ÖTV-Netzwerk ist Zusammenschluß von kritischen und kämpferischen Gruppen in der ÖTV, Vertrauensleuten, Betriebs- und natären und Jugendvertretern, die mit dem Kurs der Führung nicht einverstanden sind.

Die KollegInnen des Netzwerk lehnen die bis E geplante Flexibilisierung und den damit verbundenen Fall von Überstundenzuschlägen ab. Wie Widerstand organisiert werden kann, soll z Treffen am 8. Mai diskutiert werden. Darüberhina die Frage des Krieges, die Haltung der Gewerkschaft und der Aufbau einer Kriegsoption auf der am marsch-Demo in Köln am 29. Mai werden besprochen. Und es wird aus Betrieben berichtet und Erfahrungen den gemeinsam diskutiert.

Weitere Informationen zum Treffen bzw. zum E des Treffens bei: Angelika Tewelert, Weiße Br 34130 Kassel, Tel. (05 61) 6 96 46

Gewerkschafter-Erklärung gegen den Krieg

Wir verurteilen aufs Schärfste den Krieg der NATO gegen Jugoslawien und fordern von den Einzelgewerkschaften und vom DGB offene Kriegsoption NATO, Bundesregierung und alle Kriegstreiber und die Enttarnung der heuchlerischen Kriegspop und die Herrschenden und den Einsatz der gewerkschaften Kampfkraft für folgende Forderungen:

- ★ Stopp den Krieg - NATO raus aus dem Balkan
- ★ Schluß mit nationaler Unterdrückung und Vertreibung
- ★ Selbstbestimmungsrecht für den Kosovo
- ★ Für eine menschenwürdige Versorgung der Flüchtlinge
- ★ EU-Grenzen auf für alle Flüchtlinge: Stopp all schiebungen
- ★ Stopp aller Waffenexporte
- ★ Organisierung einer breiten innergewerkschaftlichen Diskussion über den Charakter dieses Krieges unter beziehung der serbischen und albanischen Gewerkschaftsmitglieder
- ★ Organisierung einer zentralen bundesweiten Kriegsdemo und Mobilisierung gegen den EU/NN Gipfel am 29. Mai in Köln
- ★ Aufbau einer starken internationalen Arbeiterbewegung im Kampf gegen Krieg und für den Sturz des totalen Regimes auf dem Balkan.

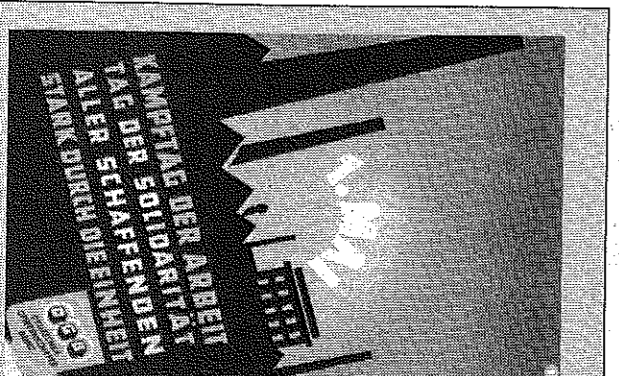
ErstunterzeichnerInnen:
Steffi Nitschke, ÖTV-Vertrauensfrau und Betriebskassel; Dieter Janßen, ÖTV-Vertrauensleutsprech Personalratsvorsitzender, Stuttgart; Ursel Beck, IG Metall, Köln

Weitere Unterschriften bitte einsenden an: Dieter Janßen, Strohhof 18a, 70180 Stuttgart, Tel. (07 11)

se der arbeitenden Bevölkerung sei. Start Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft gegen Arbeitsplatzvernichtung, Lohnraub und Sozialabbau, setzt der DGB auf „Neues handeln“ durch Bundesregierung und Unternehmer. Und mit „unser Land“ kann ja nur Deutschland gemeint sein, also heißt das 1. Mai-Motto: „Neues handeln. Für Deutschland.“ Mit diesem nationalistischen Motto hätten selbst Faschisten kein Problem. Sie sind nämlich

stolz auf ein Deutschland, daß gerade wieder Bomben auf Belgard wirft. Daß die Gewerkschaftsbasis weder mit dem 1. Mai-Motto noch mit der Kriegsunterstützung durch den DGB einverstanden ist, zeigen die vielen Proteste. So hat z.B. die DGB Landesjugendkonferenz Hessen das 1. Mai-Motto abgelehnt. Viele Gewerkschaftsfunktionäre und Basisgliederungen lehnen es ab, das 1. Mai-Plakat zu plakätieren. Das

erste Mai-Motto zeigt, wendig es ist, eine werkschaftliche O aufzubauen, die zum die Gewerkschaften zu machen, wofür sie vorgehenden Generator den: Kampforganisatorischen Gewerkschaften früher Arbeiterklasse. Und v 8-Stunden-Tag gekähen, müssen sie heute 6-Stunden-Tag kämpf vollen Lohn- und P Ausbeutung und Kriemüß unser Motto sein.



1. Mai-Motto des DGB von 1948 (links) und 1999 (rechts)

Höchste Zeit, die Gewerkschaften wieder zu dem zu machen, wofür sie auf gebaut wurden.

Die Geschichte Jugoslawiens

Die albanische Bevölkerung im dem Gebiet des Kosovo wird seit Jahrzehnten unterdrückt und fremdbestimmt. Auch bei dem letzten Krieg wird sein Leiden von den Westmächten nur ausgenutzt um eigene Interessen durchzusetzen. Der Nato geht es nicht um Menschenrechte, nicht um das Selbstbestimmungsrecht der Kosovaren. Das Mitgefühl für die Flüchtlinge und Vertriebenen hört schon an den Grenzen auf. Zu dem Zeitpunkt als in Albanien mit 3,5 Millionen Einwohnern 350.000 Flüchtlinge aufgenommen wurden, waren in Deutschland mit 81 Millionen Einwohnern gerade mal 10.000 Flüchtlinge eingetroffen. Zum Vergleich Deutschland hat ein Bruttosozialprodukt von 28.870 Dollar pro Einwohner, Albanien hat ein Bruttosozialprodukt von 820 Dollar pro Kopf.

reich-Ungarn und Rußland neue Grenzen gezogen. Der Staat Albanien wurde gegründet, um den Serben den Zugang zur Adria zu versperren. Den Serben wurde unter anderem das Gebiet des Kosovo (albanische Schreibweise) zugesprochen. Somit tragen die Westmächte die direkte Verantwortung für die jahrzehntelange Unterdrückung der Kosovo-Albaner.

Internationale Arbeitereinheit auf dem Balkan sei eine utopische Forderung, da es auf dem Balkan schon immer nationale Konflikte gegeben habe. Nur durch die Diktatur Titos sei das Ausbreiten der Konflikte unterdrückt worden, danach aber sofort wieder ausgebrochen. So oder ähnlich wird es in den Medien dargestellt.

Wahr ist, daß die Völker des Balkans seit jeher Spielball von herrschenden Mächten waren und Nationalismus immer wieder bewußt eingesetzt wurde um Widerstandsbewegungen zu schwächen. Wahr ist aber auch, daß die Völker Jugoslawiens in der Planwirtschaft unter Tijo trotz Konflikten und Auseinandersetzungen immerhin 40 Jahre friedlich nebeneinander gelebt haben.

Kim Opgenoorth, Köln

Die Ursache für den heutigen Konflikt liegt im Jahre 1913. Die Balkankriege 1912 und 1913 wurden durch Umrufen der Bevölkerung des heutigen Albanien, Kosovo und Westmazedonien ausgelöst. Der osmanische Kolonialismus wurde besiegt. Auf der Londoner Konferenz wurde von den damaligen Großmächten Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Öster-

Balkan: Spielball der Großmächte

Die Geschichte der Balkanvölker ist bestimmt durch Kolonialismus und Besatzung.

Seit Jahrhunderten kämpften sie gegen Fremdbestimmung und Unterdrückung. Seit dem 14. Jahrhundert waren Teile der Balkaninsel von dem Osmanischen Reich besetzt, seit dem 17. Jahrhundert hat die Österreich-Ungarische Kolonialmacht sich auf dem nördlichen Teil ausgebreitet. Es kam immer wieder zu Unruhen und Aufständen gegen die gewalt-

armee befreite Albanien von der faschistischen Besatzung und 1944 den Kosovo. Seit segen Fremdbestimmung und Unterdrückung. Seit dem 14. Jahrhundert waren Teile der Balkaninsel von dem Os-

manischen Reich besetzt, seit dem 17. Jahrhundert hat die Österreich-Ungarische Kolonialmacht sich auf dem nördlichen Teil ausgebreitet. Es kam immer wieder zu Unruhen und Aufständen gegen die gewalt-

Obwohl es im Krieg die Vereinbarung zwischen der albanischen und der jugoslawischen KP'en gab, daß die Menschen im Kosovo selbst entscheiden sollten, von wenn sie regiert werden wollten, beinhaltet Serbien das Gebiet einfach und schlug im Winter 1944/45 einen Aufstand brutal nieder. Dies war ein Zugeständnis von Tito an die serbischen Nationalisten. Kosova wurde zu einem Teil Serbiens unter dem serbischen Namen Kosovo gemacht und bekam nicht den Status einer eigenständigen Republik, wie Montenegro, Kroatien oder Slowenien etc. 1974 bekam er wegen steigendem Druck der Kosova-Albaner und anderer nationaler Bewegungen im Rahmen einer Verfassungsänderung, den Status einer autonomen Provinz.

Wahr ist, daß die Völker des Balkans seit jeher Spielball von herrschenden Mächten waren und Nationalismus immer wieder bewußt eingesetzt wurde um Widerstandsbewegungen zu schwächen. Wahr ist aber auch, daß die Völker Jugoslawiens in der Planwirtschaft unter Tijo trotz Konflikten und Auseinandersetzungen immerhin 40 Jahre friedlich nebeneinander gelebt haben.

Tito's „Sozialismus“ war Stalinismus ohne Stalin. Die Planwirtschaft war genauso undemokratisch aufgebaut wie die in der UdSSR. Die besonderen jugoslawischen Arbeiter-selbstverwaltungs-elemente waren nicht mehr als die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten in der BRD. Es entwickelte sich ein großer Partei und Staatsapparat, der seine eigene Bedürfnisse nährte. Auch Tito hatte kein Interesse an einem internationalistischen Aufbau einer wirklich sozialistischen Welt, in der es keinen Platz für Privilegien für Funktionäre gab. Tito hatte ein hohes Ansehen in der Arbeiterklasse, da er für den gemeinsamen, erfolgreichen Kampf der Partisanen gegen den Faschismus stand. Dies erklärt auch die große Unterstützung der KP in der Bevölkerung. Die Kosovo-Albaner wurden auch unter Tito von der serbisch dominierten Bürokratie in Jugoslawien unterdrückt. Wenn der Unmut jedoch zu groß wurde, spielte er ihnen jedoch gegen den Druck von serbischen Nationalisten auch Rechte zu. Wegen seiner recht starken Rolle konnte er die Nationalitäten auch in kleineren Rahmen gegeneinander ausspielen.

Trotzdem war es so, daß die Planwirtschaft große Fortschritte gegenüber dem kapitalistischen Jugoslawien bot. Nach der Vertreibung der Nazis wurden 80 Prozent der Industrie verstaatlicht. Durch eine Bodenreform und die Aufhebung aller Schulden für kleine Bauern wurde Luft geschaffen für eine wirtschaftliche Entwicklung. Im Kosovo war im Krieg die Industrie fast vollständig zerstört worden. Es gab keine einzige Asphaltstraße mehr, nur 2,6 % der Haushalte waren elektrisiert. Es gab 90 Prozent Analphabeten.

Nach einem Aufbau- und Entwicklungsprogramm ab den 60er Jahren wurde Industrie, die Energiewirtschaft, das Bildungs- und Gesundheitswesen aufgebaut. In den 70er Jahren gab es 470.000 SchülerInnen und Studierende, dies machte fast ein Viertel der Bevölkerung aus.

Unter kapitalistischen Bedingungen wären solche Fortschritte niemals möglich gewesen. Dies führte dazu, daß die nationale Frage zeitweise in den Hintergründ gedrängt werden konnte.

nen (v.a. Slowenien und Kroatien) fühlten sich wegen der hohen Abgaben, die nicht in die Republiken zurückflossen, benachteiligt, die unterentwickelten Gebiete beklagten hingegen, daß der Gegensatz zwischen hoch- und niedrigentwickelt viel zu langsam verkleinert würde.

Diese Unterschiede wurden zunehmend stärker, je mehr der Mangel an Demokratie im Land mehr und mehr zu einem Knäbel der wirtschaftl. Entwicklung führte. In den 80er Jahren war zum Beispiel die Arbeitslosigkeit im Kosovo doppelt so hoch, wie im gesamtjugoslawischen Durchschnitt.

Titos Tod 1980 fiel mit dieser Entwicklung zusammen. Er führte dazu, daß die Unterdrückung gegenüber den Kosovo-Albanern und anderen Minderheiten verstärkt wurde. Im Jahre 1981 wurde ein Studierendenaufstand von der serbisch-dominierten jugoslawischen Armee niedergeschlagen. Es gab 300 Tote. 1988 wurde ein Bergarbeiterstreik im Kosovo von Milosevic zum Anlaß genommen die Autonomie aufzuheben.

Kapitalismus bedeutet Krieg

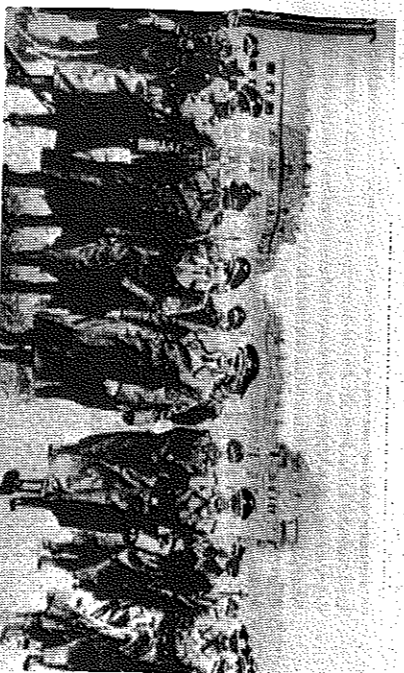
Alle Spannungen, die es auf dem Balkan zwischen verschiedenen Nationalitäten gegeben hat, sind von Großmächten durch künstliche Grenzen und immer wieder neuen Herrschaftsinteressen auf dem Rücken der Bevölkerung des Balkans ausgetragen worden. Alle Einheit, die es zwischen den Völkern, den Arbeitern der verschiedenen Staaten auf dem Balkan gegeben hat, basierte auf dem gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus.

Kapitalismus hieß für die Bewohner Jugoslawiens vor dem Stalinismus Krieg und hing nach der Wiedereinführung des Kapitalismus in den 90er Jahren wieder Krieg. Egal wie der jetzige Krieg verlaufen wird und wie die Grenzen am Ende neu gezogen werden, für die Arbeiterklasse auf der Balkanhalbinsel wird es auf Dauer keinen Frieden geben, wenn der Kapitalismus nicht abgeschafft und durch eine wirklich soziale Demokratie ersetzt wird. Für das abtrünnige Volk und alle anderen unterdrückten Nationen wird es keine Befreiung und Selbstbestimmung geben, wenn sie ihren Kampf nicht mit dem Sturz des Imperialismus auf Grundlage von internationaler

Verbrechen der Wehrmacht

Am 6. April 1941 überfiel die deutsche Armee ohne Kriegserklärung Jugoslawien. Ohne Vorwarnung bombardierten sie Bahnhöfe, Brücken, Kasernen und Flugplätze. Die königliche jugoslawische Armee kapitulierte nach 11 Tagen. Unter Tito wurde eine jugoslawische Befreiungsarmee aufgebaut die unter großen Opfern die Nazis zurückschlugen. Am letzten Kriegstag hatte die Partisanenarmee noch 800.000 Soldaten und Offiziere in vier Armeen. Diese standen 30 bis 55 faschistischen Divisionen in einer Stärke von 600.000 bis 830.000 Mann gegenüber.

Die Wehrmacht hat im zweiten Weltkrieg auf bestialische Weise Massenverrichtung organisiert. Die Devise war 100 Tote für jeden verwundeten und 50 für jeden gefallenen Wehrmachtsoldaten. Ganze Dörfer wurden als Geisel genommen und mit Trauen und Kinder ausgegöckelt. 100.000e unerschuldigte Zivilisten sind massakriert worden. 1,8 Millionen Jugoslawien sind im zweiten Weltkrieg umgebracht worden. Eine Million litten in deutschen Konzentrationslagern. Der Gesamtschaden wurde auf 46,9 Milliarden Dollar geschätzt.



Ohne Kriegserklärung überfiel Hitler-Deutschland Jugoslawien

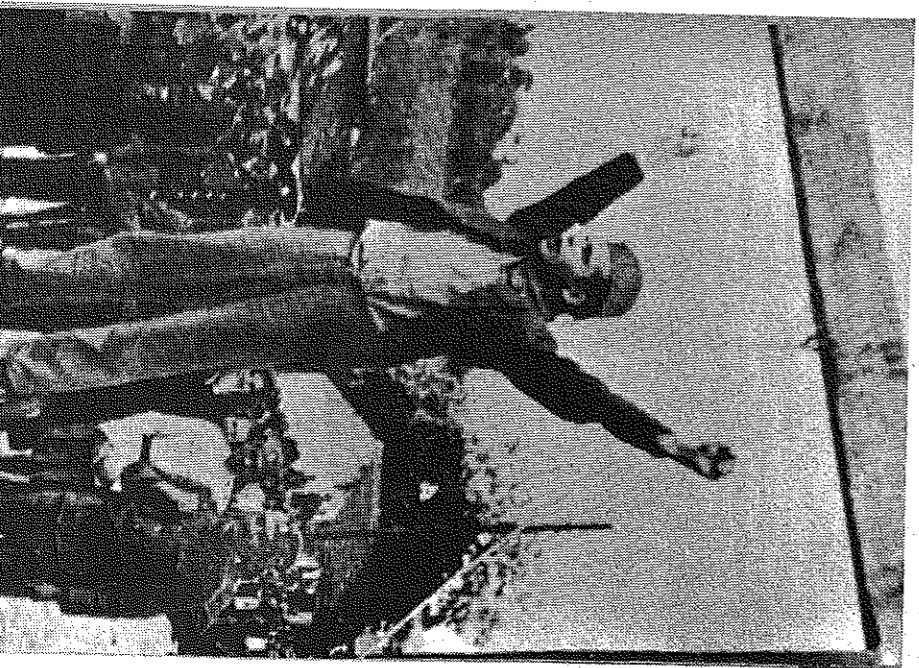
Der Vertrag von Rambouillet

Im April kamen Details über den vom Westen vorgeschlagenen Vertrag von Rambouillet an die Öffentlichkeit, die deutlich machen, daß es den imperialistischen Staaten um die Kontrolle des Balkans geht. Hier einige Auszüge: Appendix B. „Status einer multinationalen militärischen Implementierungstruppe“

a) Die NATO genießt Immunität vor allen rechtlichen Verfahren - ob zivili, verwaltungs- oder strafrechtlich
b) Die zur NATO gehörenden Personen genießen unter allen Umständen und zu jeder Zeit Immunität vor der Gerichtsbarkeit der Konfliktparteien hinsichtlich sämtlicher zivili- verwaltungs-, straf- oder disziplinarrechtlicher Verfahren, die sie möglicherweise in der Bundesrepublik Jugoslawien begehen. (...)

Artikel 8
Das NATO-Personal soll sich mit samt seiner Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge und Ausrüstung innerhalb der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien inklusive ihres Luftraumes und ihrer Territorialgewässer frei und ungehindert sowie ohne Zugangsbegrenzungen bewegen können. Das schließt ein - ist aber nicht begrenzt auf - das Recht zur Errichtung von Lagern, die Durchführung von Manövern und das Recht auf die Nutzung sämtlicher Regionen oder Einrichtungen, die benötigt werden für Nachschub, Training und Feldoperationen

Artikel 10
(„...)Der NATO dürfen keine Kosten berechnet werden für die Starts, Landung oder Luftaumnavigation von Flugzeugen. Ebenso dürfen keine Zölle, Gebühren oder andere Kosten erhoben werden für die Nutzung von Häfen durch Schiffe der NATO. Fahrzeuge, Schiffe oder Flugzeuge, die bei der NATO-Operation eingesetzt werden, unterliegen keiner Verpflichtung zur Genehmigung, Registrierung oder kommerziellen Versicherungen.“



Wem nützt dieser Krieg?

Der Krieg gegen Jugoslawien bricht gleich mit mehreren Tabus: Zum ersten Mal greift die NATO ein Land unter eigenem Namen an und zum ersten Mal seit Ende des II. Weltkrieges sind deutsche Soldaten am Kriegseinsatz beteiligt. Das sei gerechtfertigt, denn, so der Chor der Kriegsbeifolger, dies sei auch der erste Krieg, der wirklich nur aus rein humanitären Gründen geführt würde. Schröder, Fischer, Scharping, und die Medien behaupten hundert- und tausendmal, das einzige Ziel sei Mord und Vertreibung im Kosovo ein Ende zu machen. Sie beantworten aber nicht ein einziges Mal die Frage, warum sie der türkischen Regierung bei Mord und Vertreibung gegen die kurdische Bevölkerung unterstützen. Sie beantworten nicht ein einziges Mal die Frage, warum sie bis kurz vor Beginn des Krieges noch albanische Flüchtlinge nach Belgien in die Hände Milosevics abgeschoben haben und ihnen jetzt helfen wollen. Dieser Krieg muß offensichtlich andere Gründe haben.

Jeder Staat dieser Erde verfügt über eine Armee. Die NATO-Staaten haben 4745000 Soldaten unter Waffen. Wozu? Vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der anderen stalinistischen Regime in Ost-Europa hieß es, die NATO garantiere den Schutz vor den „kommunistischen“ Ländern. Heute, knapp zehn Jahre nach Ende des kalten Krieges, gibt es die NATO immer noch und jedes Land ist bis an die Zähne bewaffnet. Die weltweiten Rüstungsausgaben betragen 1997 rund 1400 Milliarden DM.

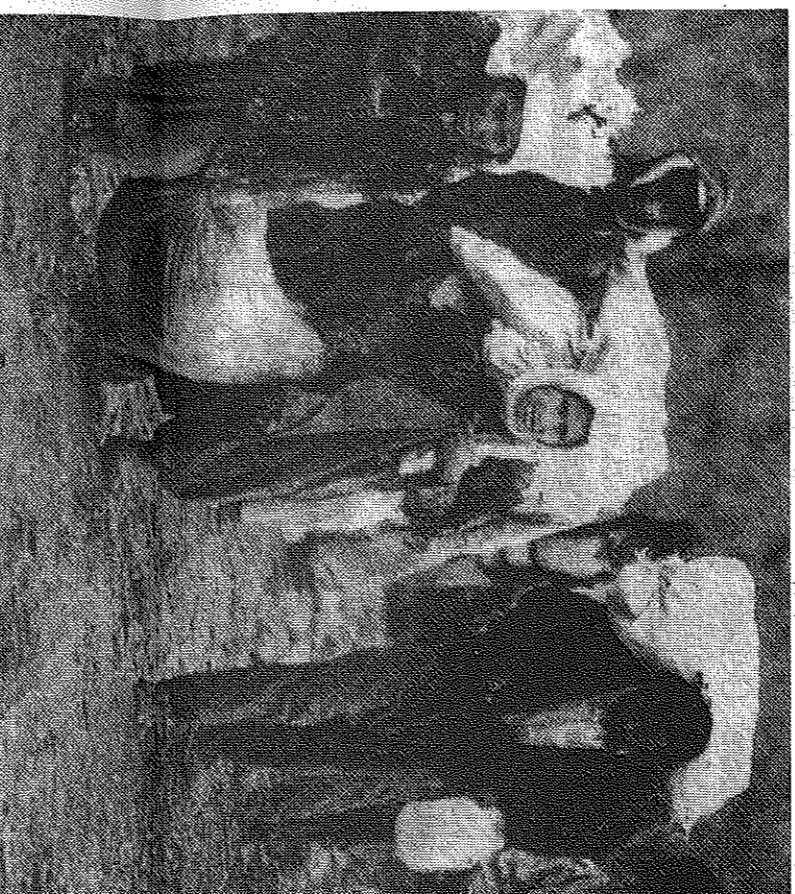
Dieses Jahrhundert erlebte zwei Weltkriege und unzählige weitere Kriege, darunter den Koreakrieg, den Vietnamkrieg und etliche Kolonialkriege. Auch nach 1945 gab es kein Jahr ohne Kriege auf der Welt. Nach Ende des Kalten Krieges gab es den Golfkrieg 1991 und viele kleinere und größere Konflikte, die mit Waffen ausgestattet wurden. Der afrikanische Kontinent ist Dauerschauplatz von Kriegen. Derzeit zählt man auf der Welt etwa 30 kriegerische Auseinandersetzungen. Kriege sind also nicht die Ausnahme sondern die Regel. Was ist die Ursache?

Auf der ganzen Welt herrscht die Marktwirtschaft, also Kapitalismus. Das Charakteristische am Kapitalismus ist der Konkurrenzkampf zwischen privaten Produzenten, zwischen Unternehmen und Konzernen. In diesem Konkurrenzkampf geht es darum, die eigenen Profite zu vergrößern. Dazu müssen ständig neue Märkte erschlossen werden oder Konkurrenten in bestehenden Märkten verdrängt werden. Dieser Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmen findet seine Entsprechung im Konkurrenzkampf zwischen den Staaten. Meist wird der Konkurrenzkampf mit „Wettbewerb“ umschrieben, wenn er schärfer wird ist auch vom „Kampf um Märkte“ die Rede, zuweilen auch von Handelskriegen. Gerade aktuell liest man vom „Bananen-Krieg“ zwischen den USA und der EU.

Die mächtigen Wirtschaftsnationen stehen in Konkurrenz zueinander, und bilden Handelsblöcke, um gegeneinander auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Aber sie haben auch gleichgerichtete Interessen, zum Beispiel den ungehinderten Zugang zu billigen Rohstoffen, Absatzmärkten und Ausnutzung von billigen

Arbeitskräften weltweit. Alle gemeinsam haben natürlich ein grundlegendes Interesse an der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems insgesamt. Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse im jeweils eigenen

Land sowie im Ausland und auf der Ausbeutung schwächerer Länder durch die stärkeren. **Imperialismus** Imperialismus bedeutet wirtschaftliche, politische und militärische Unterdrückung der schwächeren durch die stärkeren Länder. Bei der Durchsetzung ihrer Interessen verlassen sich die Staaten nicht auf schöne Worte oder Verträge. In letzter Instanz geht es um die Fähigkeit, den eigenen Interessen auch mit militärischen Mitteln Nachdruck zu verleihen. Die USA sind der Weltpolizist Nr. 1 weil sie die stärkste Militärmacht sind und sie sind die stärkste Wirtschaftsmacht sind. Der Konkurrenzkampf kann lange Zeit relativ friedlich verlaufen. Am friedlichsten verläuft er dann, wenn alle Beteiligten ihren Profit vermehren können. Das heißt, wenn die Wirtschaft floriert und die vor-



Die doppelte Moral des Westens: Bild links: Kosovo-albanische Flüchtlinge, vertrieben vom NATO-Mitglied Türkei.

handenen Märkte wachsen. Wenn es aber mit der Wirtschaft bergab geht, wenn der verteilende Kuchen kleiner wird, wenn deshalb die eigenen Profite nur noch auf Kosten der Gegner vermehrt oder verteidigt werden können, dann tobt der Konkurrenzkampf immer erbitterter bis hin zu Kriegen. Der erste und der zweite Weltkrieg waren Kriege um die Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Staaten.

Krise des Kapitalismus

Die Wiedereinführung des Kapitalismus in den ehemaligen stalinistischen Staaten hat zu einem dramatischen Zerfall der Volkswirtschaften dieser Länder geführt und damit einhergehend zu Kriegen und Bürgerkriegen. Gleichzeitig ist die wirtschaftliche Entwick-

lungen und die Hitlers Eroberungskriege unterstützt und davon profitiert haben. Heute bombardieren deutsche Flugzeuge Städte, die sie vor ein paar Jahrzehnten schon einmal bombardiert haben – und das geschieht wieder im Interesse des deutschen Kapitals.

Wem nützt dieser Krieg?

Die Begründung, daß ein Krieg aus edlen Motiven heraus geführt werde, ist nicht neu, sondern üblich. Glaubt man der jeweiligen Kriegspropaganda, dann führe und führt jede Seite in jedem Krieg nur „Verteidigungskriege“. Verteidigung „nationaler Interessen“, Verteidigung der „Freiheit“, Verteidigung der „Menschlichkeit“. Im ersten Weltkrieg begründete die Führung der SPD ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten: „Es gilt

Resjyugoslawien geht es nicht um „Humanität“.

Was treibt die NATO wirklich dazu, für den Kosovo, einen kleinen Flecken Erde, gerade 150 mal 150 Kilometer groß, mit ursprünglich 1,8 Millionen Einwohnern, wirtschaftlich unbedeutend, eine gigantische Kriegstreimacht aufmarschieren zu lassen und einzusetzen?

Ziele der USA und Deutschlands

Auf dem Balkan hat Deutschland von allen westlichen Staaten wirtschaftlich den größten Einfluß. Diese Länder mit billigen aber gut ausgebildeten Arbeitskräften dienen deutschen Unternehmen als verlängerte Werkbank. Der Außenhandelsumsatz mit Slowenien und Kroatien belief



Bild rechts: Kurdische Flüchtlinge.

die Gefahr (des russischen Despotismus) abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich...“ (Erklärung der SPD-Fraktion in der Reichstagsitzung vom 4. August 1914). Die Führer der Sozialdemokratie hatten die Aufgabe übernommen, die Opposition aus der Arbeiterbewegung gegen den Krieg zu brechen. Das gleiche taten die Führer der französischen und britischen Arbeiterbewegung. Sie argumentierten, der Krieg gegen Deutschland sei ein Verteidigungskrieg gegen den aggressiven deutschen Militarismus.

Hitler hatte vor Kriegsbeginn jede organisierte Opposition ausgeschaltet, dennoch hatte er Veranlassung, in seiner Propaganda den Angriff auf Polen als Verteidigungsmaßnahme („Von nun an wird zurückgeschossen“) zu begründen. In der Zeit des Kalten Krieges wurden Aufrüstung und insbesondere Korea- und Vietnamkrieg vor Westen mit der Verteidigung der Freiheit und dem Schutz der westlichen Welt vor dem „Kommunismus“ begründet. Die offizielle Begründung für den Golfkrieg war, die Welt müsse vor einem neuen Hitler geschützt werden. Heute, acht Jahre nach dem Golfkrieg, weiß jeder, daß dieser Krieg um Öl geführt wurde und nicht um die Freiheit der Welt.

sich 1997 auf 12 Milliarden DM. Resjyugoslawien ist wirtschaftlich weniger bedeutsam, der deutsche Außenhandel belief sich 1997 auf 1,7 Milliarden DM. Neben den direkten wirtschaftlichen Interessen insbesondere Deutschlands haben die europäischen Staaten und die USA ein strategisches Interesse an stabilen Verhältnissen auf dem Balkan. Hier drohte gleich von mehreren Seiten Gefahr. Im Jahr 1997 machten aufständische Umräumer Albanien für mehrere Monate praktisch unregierbar. Anfang 1998 erzielte die UCK Erfolge mit ihrem bewaffneten Kampf für ein unabhängiges Kosovo. Ein unabhängiges Kosovo würde die Frage nach einem großalbanischen Staat aufwerfen, in dem alle Albaner in der Region vereint würden. Daran hat der Westen schon deshalb kein Interesse, weil es die Grenzregion in der Region verändern würde und den Kampf anderer Völker, gerade auch der Kurden, für einen eigenen Staat auftrieb geben würde. Deshalb haben EU und USA das Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung des Kosovo immer abgelehnt. Der Westen befürchtete außerdem einen neuen unkontrollierten Flüchtlingsstrom ähnlich der Flüchtlingsbewegung aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina Anfang der neunziger Jahre, als mehrere hunderttausend Flüchtlinge nach Deutschland kamen. Jetzt sind zwar wieder Hunderttau-

ben den anderen traditionellen Atomländern USA, reich und Rußland, das Veto-Recht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Regelung stammt noch aus der Zeit des Kalten Krieges und bedeutet für den Westen eine Einschränkung seiner Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit der Welt.

Der Kosovo-Konflikt

sich als Testfall für die Strategie an, weil unter Deckmantel der Vertreter humanitärer Interessen von Truppen ohne Zustimmung Rußlands bzw. Chinas durchgesetzt werden können. Das erklärt das Verhalten von Rambouillet auf der Seite der USA im Hinblick auf die Unterstützung von Truppen NATO-Flüge im Jahr 1999. (Siehe „NATO-Diktator“)

Jetzt, daß der Prätendent

gegen des Krieges ist

Staat ohne Zustimmung

Krieg gegen einen

lands bzw. Chinas – §

fen wurde und, daß die

jetzt in Albanien und

Balkan verläuft die

nien über Truppen

Westliche Machtpolitik

Das britische Wirtschaftsmagazin „The Economist“, (17. 4. 99), schreibt anläßlich der Eröffnung einer Öl-Pipeline und einer Bahnlinie vom Kaspischen Meer über Aserbaidschan und Georgien zum Schwarzen Meer:

„Alles in allem scheint das Ziel der Europäischen Union, Rußlands Monopol auf Verkehrswege von und nach Zentralasien zu brechen, in Sichtweite zu sein. Die Vereinigten Staaten, ebenso entschlossen Öl- und Gütertransporte in Richtung Süden durch den Iran zu verhindern, sind begeistert von der neuen Route, die an Rußland vorbei führt. Sie steht im Einklang mit Amerikas Ambitionen, einen Ost-West Handelskorridor unterhalb Rußlands Südflecke zu schaffen, als ein Mittel, den Einfluß der wo-

NATO-Osterweiterung

Im März, nur wenige Tage vor Beginn des Krieges gegen Jugoslawien, wurde die NATO um die Länder Polen, die Tschechische Republik und Ungarn nach Osten erweitert. Aufnahmekandidaten für eine zweite Stufe der Osterweiterung sind Rumänien, Bulgarien, die Slowakei, sowie die baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen. Das Letzte, was die NATO dabei mitten in dieses Teil des Bündnisgebietes haben will, ist ein Umherherd Balkan oder ein Restjugoslawien, das eine unabhängige „Sonderrolle“ spielen will.

1992 hat der damalige deutsche Verteidigungsminister Rühle die neuen Ziele der deutschen „Sicherheitspolitik“ in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ formuliert. Es geht um die: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt...“

Das setzt selbstredend voraus, daß sich Deutschland diesen Zugang hofffalls auch militärisch verschaffen kann. Der Kosovo-Konflikt eignete sich ausgezeichnet als Generalprobe für deutsche Kampfinsätze bzw. Militärintervention in aller Welt, weil sich die wahren Absichten hinter „humanitären“ Zielen verstecken lassen.

Die strategischen Ziele der NATO-Länder gehen aber über das unmittelbare Interesse an der direkten Kontrolle über die Balkanregion hinaus. Menschrechtsverletzungen, brutale Unterdrückung ethnischer Minderheiten, und Diktaturen gibt es in allen Teilen der Welt, darunter viele Regionen, die über große Bodenschätze verfügen oder durch ihre Lage von strategischer Bedeutung sind. Beispielsweise streiten derzeit russische und westliche Konzerne um die Ausbeutung der Erdöl- und Erdgasvorkommen rund um das Kaspische Meer. Allein die Erdgasvorkommen in Turkmenistan sollen nach Schätzungen etwa 10 Prozent der Weltgasreserven ausmachen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, daß unter dem Vorwand, einen der zahlreichen Konflikte in der Region beifrieden zu wollen, die NATO oder einzelne NATO-Staaten versuchen könnten, ihre wirtschaftlichen Interessen mit Militärinterventionen durchzusetzen.

Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion laufen seit Jahren ähnliche Prozesse wie auf dem Balkan: Krise und Zerfall der Wirtschaft, Viehvölkerstaaten und regionale Mächte, die im Kampf um Macht und Einfluß die nationalistische Karte spielen. Vor dem Hintergrund weiteren wirtschaftlichen Niedergangs drohen noch größere Katastrophen. Die USA und Deutschland werden im Verein mit den anderen NATO-Staaten bestrebt sein, trotz aller Konflikte ihre Ausbeutung von Märkten und Rohstoffen fortsetzen zu können.

Den USA geht es im Krieg gegen Resjugoslawien auch darum ihren Anspruch als weltweite Führungsmacht zu unterstreichen. Wenn mitten in Europa geschossen wird und die USA nicht die Führung übernehmen würden, könnte bei zukünftigen Konflikten die Frage gestellt werden, was, bzw. ob die USA dabei überhaupt etwas zu suchen haben. Außerdem ist dieser Krieg ein Signal an die ganze Welt: Die-
ser Hund bellt nicht nur, er beißt auch. Die mächtigen westlichen Staaten, allen voran die USA und jetzt auch wieder Deutschland, sind entschlossen, dem Rest der Welt ihren Willen aufzuzwingen.

Zynismus der Herrschenden

Das Problem ist, daß sich die meisten Menschen den Zynismus der Herrschenden nicht vorstellen können. Es geht dem Westen nicht darum, daß Milosevic oder Hussain tatsächlich Schweinhunde sind. Es geht darum, daß sie nicht die Schweinhunde des deutschen oder US-Imperialismus sind. Wären es die Schweinhunde des Westens, dann würden die Kosovo-Albaner bombardiert und Milosevic hofiert. Genau das passiert derzeit mit den Kurden in der Türkei auf der einen Seite und deren Untertürken, der türkischen Regierung, auf der anderen. Und weil Deutschland und der Iran einen guten wirtschaftlichen Beziehung interessiert sind wird der iranische Regierungschef Chatami als Staatsgast in Bonn empfangen, während sein Regime in Sachen Unterdrückung von Minderheiten und Menschenrechtsverletzungen dem Regime Milosevics in nichts nachsteht.

Für die Durchsetzung ihrer Interessen gehen die imperialistischen Staaten über Leichen. Das sagen sie natürlich nicht offen, weil sie diesen und andere Kriege nicht gegen den Widerstand der Mehrheit der eigenen Bevölkerung führen können. Das erklärt auch, warum immer „das erste Opfer im Krieg“ die Wahrheit ist.

Der Weg zum Kriegeinsatz

Bundeswehreinheiten außerhalb des Bundesgebietes und deren offizieller Auftrag:
1991: AWA-CS-Aufklärungsflüge während des Golfkrieges gegen den Irak
1991-93: Entsendung von 14 Sanitätern nach Phnom Penh, (Kambodscha), 1992 Aufstockung auf 120 Mann
ab 1992: Bosnien-Herzegowina: Überwachung des militärischen Flugverbots, Hilfsgütertransport zur Versorgung der Bevölkerung
1992-96: See-Überwachung des Waffen- und Handelsembargos in der Adria gegen Serbien und Montenegro
1992: Entsendung von 1700 Soldaten nach Somalia, Beschränkung auf zivile Aufgaben
1993: Georgien: Vier Offiziere beobachten den Konflikt zwischen Regierungstruppen und abchasischen Rebellen
1994: Teilnahme an Luftbrücke zur Versorgung von Bürgerkriegsflüchtlingen
1995/96: Bosnien-Herzegowina/Kroatien: Luftaufklärung, Einsatz von „ECR-Tornados“ zum Schutz der UN-Streitkräfte vor Raketenbeschuß, Sanitäts-, Pionier-, Transport- und Nachschubtruppen (4000 Soldaten) zur Unterstützung und Versorgung

Oktober 1998: Bundestagsbeschluß zur Beteiligung deutscher „Tornados“ an einem möglichen begrenzten Luftkrieg der NATO gegen Jugoslawien
Februar 1999: Der Bundestag beschließt, deutsche Soldaten zur Unterstützung einer möglichen Friedensstruppe im Kosovo zu entsenden. Teile der Truppe sind bereits in Mazedonien stationiert.
24. März 1999: Beginn des NATO-Krieges gegen Jugoslawien unter deutscher Beteiligung



Wie den Krieg beenden?

Unter dem Krieg leiden immer dieselben: Die Masse der Bevölkerung aller Seiten – die Menschen in Jugoslawien, deren Lebensgrundlage durch die NATO-Angriffe zerstört wird, nationale Minderheiten wie die Albaner im Kosovo, die aus ihren Dörfern vertrieben werden.

Daniel Behruzi, Köln

Die Arbeiter aller Länder haben kein Interesse an Krieg und nationaler Unterdrückung. Sie zahlen die Kosten für Rüstung und Krieg, während die Rüstungskonzerne profitieren. Sie sehen sich weltweit den gleichen multinationalen Konzernen gegenüber. Lassen sie sich von den Bossen gegeneinander ausspielen, geht es den Arbeitern überall schlechter. Deshalb ist Internationalismus nicht bloß ein kluges Schlagwort, sondern eine Notwendigkeit für die Arbeiterklasse.

Rolle der Arbeiterbewegung

Wer kann das Selbstbestimmungsrecht für die Albaner im Kosovo erkämpfen? Viele Kosovo-Albaner erhoffen von der NATO eine Verbesserung ihrer Lage. Aber ein Sieg der NATO würde sie der Selbstbestimmung keinen Zentimeter näher bringen. US-Präsident Clinton will den Kosovo als serbische Provinz erhalten. Der Kosovo würde in ein NATO-Protektorat, in einen Vorposten des Imperialismus, verwandelt werden. In Bosnien-Herzegowina hat der UNO-Bevolmächtigte Westendorp den Präsidenten der bosnischen Serben, Poplasen, einfach abgesetzt.

Nur die Arbeiter und Bauern im Kosovo selbst, gemeinsam mit den Arbeitern Serbiens und anderer Länder, können einen erfolgreichen Kampf für nationale Befreiung führen. Mit demokratisch kontrollierten Selbstverteidigungskomitees, die an die serbische und internationale Arbeiterbewegung einen Appell um Unterstützung richten würde könnten die Kosovo-Albaner den Widerstand gegen das serbische Militär organisieren. Jetzt, da viele Albaner bereits aus ihrer Heimat vertrieben wurden, wäre der erste Schritt der Aufbau demokratischer Selbstverwaltungungsorgane der Flüchtlinge.

Eine unabhängige Arbeiterbewegung in Resjugoslawien würde vorbehaltlos das Recht der Kosovo-Albaner auf Selbstbestimmung, auch auf staatliche Losrennung, anerkennen. Die serbische Arbeiterklasse hat kein Interesse an der Unterdrückung nationaler Minderheiten. Auch sie leidet unter der Herrschaft Milosevics, unter Massenarbeitslosigkeit und Repression. Der Sturz von Milosevic und die Errichtung einer Demokratie kann nur durch die Arbeiter, die Arbeitslosen und Jugendlichen in

senproteste Milosevic beinahe zu Fall gebracht. NATO-Bomben bewirken genau das Gegenteil: Eine Stärkung des serbischen Nationalismus und damit des Regimes.

Nur der Aufbau unabhängiger Arbeiterorganisationen, von demokratischen Gewerkschaften und sozialistischen Parteien, kann die Grundlage für eine wirkliche Lösung der Konflikte auf dem Balkan legen. Der Kampf der Partisanen im II. Weltkrieg gegen die Besatzung durch Italien und Nazi-Deutschland und für eine sozialistische Veränderung hat deutlich gemacht, wie die nationale Spaltung überwunden werden kann.

Der hauptfeind steht im eigenen Land

Wer kann den NATO-Angriff stoppen? Machen die Herrschenden in den USA und Westeuropa nicht sowieso was sie wollen? Mit einer riesigen Propagandamaschinerie beeinflussen sie die öffentliche Meinung. So wurde die Bevölkerung in Deutschland systematisch auf den jetzigen Kriegseinsatz vorbereitet. Aber die Unterstützung für diesen Einsatz kann schnell ins Gegenteil umschlagen, wenn deutlich wird, daß er die Lage der Menschen auf dem Balkan nur verschlimmert. Je länger der Krieg andauert, besonders bei einem Einsatz von Bodentruppen und größeren Verlusten auf Seiten der NATO, desto stärker wird die Antikriegsbewegung werden.

Die Arbeiterklasse und die Jugend in Europa und den USA können den NATO-Krieg Vietnamkrieg auch wegen der massiven Proteste, im eigenen Land und international, verhindern.
Aber wer soll das brutale Regime Milosevics stoppen? Die Geschichte kennt viele Beispiele, wie Diktatoren durch Bewegungen von unten besetzt wurden: Der Schah von Persien 1979, Somoza in Nicaragua 1978, Ceausescu in Rumänien 1989, Honecker in der DDR 1989, Mobutu in Zaïre 1997. In Indonesien wurde Suharto im Mai letzten Jahres von einer revolutionären Bewegung der Massen gestürzt. Der Diktator führte einen gemeinsamen Krieg gegen die Bevölkerung in Osttimor bei dem über 250.000 Timoresen ermordet wurden. Dieser Völkermord wurde vom Westen nicht angeprangert. Im Gegenteil: die imperialistischen Staaten, allen voran Deutschland, unterstützen Suharto jahrzehntelang finanziell und militärisch. „Die internationale Gemeinschaft scheint sich jetzt vor allem mit Kosovo zu beschäftigen, aber wir haben hier unser eigenes Kosovo seit 23 Jahren“, so ein führender Aktivist der Unabhängigkeitsbewegung in Osttimor.

Durch revolutionäre Bewegungen wurden nicht nur Diktatoren gestürzt, sondern auch Kriege beendet. In Rußland wurde 1917 durch die Oktoberrevolution auch der Erste Weltkrieg im Osten Europas beendet.
In Deutschland wurde dieser Krieg von den revolutionären Sozialistinnen und Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unter der Parole „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ bekämpft. Das muß auch heute die Parole von Arbeiter- und Antikriegsbewegung sein. Die Großkonzerne und Banken, die an diesem Krieg Interesse haben sind dieselben, die hierzulande aus Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau ihren Profit ziehen. Ihre Politiker-Kampfeinsatz der Bundeswehr angeordnet haben sind dieselben, die die Massenverbrauchssteuern erhöhen wollen, um die Unternehmenssteuern zu senken.
Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften gegen diesen Krieg zu mobilisieren. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) organisiert 8 Millionen ArbeitnehmerInnen aller Nationen, unter ihnen viele Serben und Albaner. Gegen den geballten Widerstand der Gewerkschaftsbewegung könnte die Bundesregierung den Kriegseinsatz deutscher Soldaten keinen Tag länger weiterführen. Der DGB könnte aktiv Unterstützung leisten beim



Der Golfkrieg geführt unter dem Mandat der UNO, brachte keine Befreiung. Bis heute leidet

Sozialismus und nationale Frage

Für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen



Die Vertreibung der Krajina-Serben durch kroatische Truppen war die bis zum Kosovo-Krieg größte „ethnische Säuberung“ in Ex-Jugoslawien.

Die SAV steht für das Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-AlbanerInnen (sowie der nationalen Minderheiten im Kosovo und für einen unabhängigen, sozialistischen Kosovo). Doch steht das nicht im Widerspruch zum sozialistischen Internationalismus und zu der grundlegenden sozialistischen Auffassung, daß die Existenz von Nationalstaaten einer der Hauptwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft ist? In welchem Verhältnis stehen Internationalismus und nationale Frage?

Vlado Bacic, Köln

„Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Klassen.“ Dieser Slogan drückt die sozialistische Herausgeweise aus. Der Grundwiderspruch

grenzen hinaus. Eine sozialistische Gesellschaft ist nur international zu erreichen. Die Erfahrung des Stalinismus hat gezeigt, daß Sozialismus in einem Land nicht durchzuführen ist, da der Kapitalismus einen Weltmarkt und eine internationale Arbeitsteilung geschaffen hat, an dessen Entwicklungsmitteln eine sozialistische Gesellschaft anknüpfen muß, um die Menschheit ökonomisch, sozial und kulturell weiterzuentwickeln.

Unterdrückung

Eine besondere Art der Unterdrückung ist nationale Unterdrückung. Diese findet heute an vielen Stellen der Welt in unterschiedlichster Ausprägung statt. Und während es im letzten Jahrhundert eine Tendenz der Assimilierung von Völkern zu Nationen und zur Bildung von Nationalstaaten gab, hat sich in den letzten Jahrzehnten ein entgegengesetzter Trend entwickelt: wachsende nationale Konflikte und Unabhängigkeitsbestrebungen in allen Teilen der Welt. Die Liste dieser Konflikte scheint endlos zu sein: Kurdistan, das ehemalige Jugoslawien, Baskenland, Kaschmir, die ehemalige Sowjetunion, Schottland, Quebec, die indigenen Völker Lateinamerikas, die Aborigines in Australien ...

Arbeitereinheit

Um in solchen Fällen zu Arbeitereinheit zwischen der Arbeiterklasse der unterdrückten und der Arbeiterklasse der unterdrückenden Nation und dem Einreißen aller Grenzen in der Zukunft zu gelangen, kann es notwendig sein, für einen Zeitraum neue Staaten zu schaffen. Ein sozialistischer Grundsatz ist das Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen. Das bedeutet in letzter Konsequenz das Recht einen eigenen Nationalstaat zu gründen. Nur wenn diese Forderung von SozialistInnen aufgestellt wird, und vor allem auch von den SozialistInnen des unterdrückten Landes (im Falle des Kosovo also Serbiens) kann die Arbeiterklasse der unterdrückten Nation das Vertrauen gewinnen, daß die SozialistInnen ehrlich und aufrichtig gegen jede Form nationaler Unterdrückung kämpfen. Deshalb unterstützen SozialistInnen nationale Befreiungsbewegungen unterdrückter Nationen und unterscheiden zwischen dem Nationalismus einer Unterdrückten-Nation und dem Nationalismus einer unterdrückten Nation.

1988-1993: Der Zerfall Jugoslawiens

1988 war Jugoslawien pleitelte. Die Inflation lag bei 1000 Prozent, die offizielle Arbeitslosigkeit bei über 15 Prozent. Drei Viertel der Bevölkerung lebten unter der Armutsgrenze.

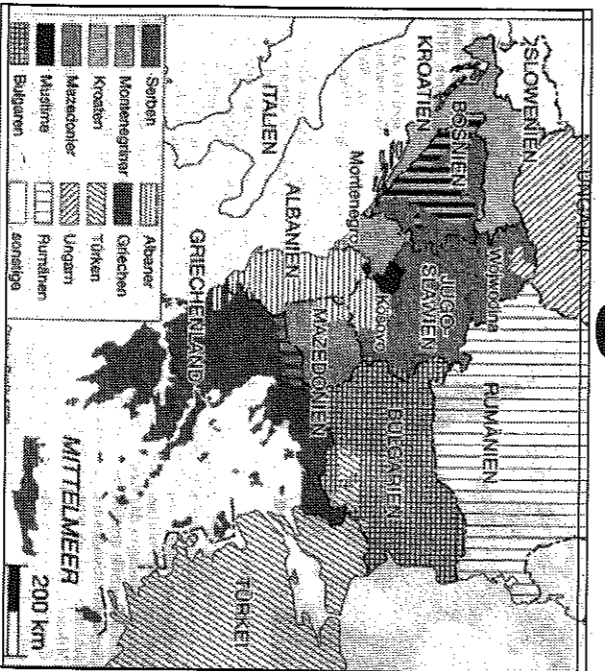
Claus Ludwig, Köln

Die herrschende Bürokratie war unfähig, einen Ausweg aus der Krise Jugoslawiens zu bieten. Sie hatte das Land mit einer Mischung aus stalinistischer Kommandowirtschaft und marktwirtschaftlicher Konkurrenz in diese Krise gesteuert. Ihr Ausweg war die Zuspaltung der Gegenseite zwischen den Republiken, um erstens die Schuld für die Misere auf „die anderen“ zu schieben und zweitens bei der gesamtjugoslawischen Resteverwertung am besten dazustehen.

Eine Lösung hätte nur von der Arbeiterklasse kommen können. Seit dem Appell der Regierung von 1982, die Bevölkerung möge den Gürtel enger schnallen, waren die ArbeiterInnen mit Kürzungsmaßnahmen, steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen konfrontiert. Sie antworteten mit Protesten und massiven Streiks. Forderungen nach Absetzung der Bürokraten und für die Abschaffung der Privilegien wurden laut. Es gelang jedoch nicht, aus diesen Bewegungen heraus eine Perspektive für einen wirklich sozialistischen Staatenbund unter den ArbeiterInnen zu entwickeln.

Nationalistische Spirale

Dem wirtschaftlichen Auseinanderfallen folgte die Stärkung der nationalistischen



In den „reichen“ nördlichen Republiken Slowenien und Kroatien wurde der ärmere Teil als Klotz am Bein empfunden. In der größten Republik Serbien hatte der Verfall der jugoslawischen Identität zum Wiederaufleben des serbischen Nationalismus geführt. Die Nationalismen verstärkten sich gegenseitig. Die positive Bezeichnung der kroatischen Nationalisten auf die „Unabhängigkeit“ ihres Landes unter dem mit Nazideutschland verbundenem Usascha-Regime weckte Erinnerungen an den Mord an über 500.000 Serben durch dieses Regime. Das Vorgehen von serbisch dominierter Armee und Polizei im Kosovo führte in den anderen Republiken zur Angst, ähnlich behandelt zu werden.

Marktwirtschaft

Die westlichen Goldarbeiter

Jahre nicht auf eine Spaltung Jugoslawiens gesetzt. Sie hielten den jugoslawischen Gesamtstaat für den Garant für die Bezahlung der Zinsen und für Stabilität. Sie setzten auf den jugoslawischen Präsidenten Markovic, der ab Frühjahr 1989 auf Geheiß des Internationalen Währungsfonds (IWF) ein marktwirtschaftliches Schockprogramm umsetzen sollte. Die darin geforderte Bewertung der Betriebe nach Weltmarktkriterien und die Einstellung staatlicher Subventionen hätte zumindest in den südlichen Republiken den sofortigen wirtschaftlichen Kollaps bedeutet.

In Serbien, Montenegro, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina wehrten sich sowohl die ArbeiterInnen als auch die Regionalbürokraten gegen Markovic' Pläne. Zur Jahreswende 1990/91 setzte die Region

ismus einer unterdrückten Nation. Der deutsche Nationalismus beinhaltet nichts fortschrittliches, denn er strebt immer nach Ausdehnung des deutschen Imperialismus, trachtet nach Ausbeutung anderer Länder und ist durch und durch reaktionär. Der kurdische Nationalismus beinhaltet den Wunsch der kurdischen Massen nach Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung und hat somit fortschrittliche Elemente und eine revolutionäre Stoßkraft. Über den Nationalismus der lettischen Arbeiter und Bauern, die im großrussischen Zarenreich national unterdrückt waren, sagte Trotzki im Jahre 1917: „Der Nationalismus erwies sich nur als Hütle eines unreifen Bolschewismus.“ Gleichzeitig erklärten wir aber, daß nationale Unabhängigkeit auf kapitalistischer Grundlage die Ausbeutungsverhältnisse nicht abschafft, sondern nur die Ausbeuter austauscht. Während wir unsere Unterstützung für die Unabhängigkeit des Kosovo nicht an die Bedingung knüpften, daß diese auf sozialistischer Grundlage erfolgen muß, stellen wir die Parole nach einem unabhängigen, sozialistischen Kosovo auf. Im Kosovo unterstützen wir die Separation, die Bildung eines unabhängigen Staates. Nach jahrzehntelanger Entrechtung und Unterdrückung gibt es keine Grundlage für ein Vertrauen von Kosovo-AlbanerInnen in einen gemeinsamen Staat mit Serben. Um

Leschhinweise:

Lennin – Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage (beides D. Verlag, Berlin)
Bucharin/Prechtarskenskij – ABC des Kommunismus, Kapitel (über die Redaktion VORAN erhältlich)
Peter Hadden – engl. Troubled Times (über Redaktat VORAN erhältlich)

und Bosnier angeblich nur für ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfen. Doch die kroatische Unabhängigkeit begann mit der Entrechtung der großen serbischen Minderheit in Kroatien und der Verwehung ihres Selbstbestimmungsrechtes. Die bosnische Unabhängigkeit wurde 1992 ausgerufen, obwohl die serbische Bevölkerung (ca. 28 Prozent) fast geschlossen dagegen gestimmt hatte.

Die früheren jeweiligen Republiks-Führer – Mitlosevic und Karadzic auf serbischer Seite, der Kroate Tudjman, der Bosnier Izetbegovic – hatten verstanden, daß der Nationalismus das beste Mittel ist, um bei der jugoslawischen Leichenfledderung zu den Gewinnern zu zählen und die unzufriedenen Massen davon abzuhalten, sich die Frage zu stellen, wer für die Misere verantwortlich ist.

Im bosnischen Krieg waren lange Zeit die serbischen Milizen für die meisten Verbrechen, Plünderungen und Massaker zuständig, weil sie militärisch überlegen waren. Die Unterstützung des Westens für Kroatien und die bosnische Regierung führte ab 1994 zu einer Wende.

Kroatien führte unter dem Schutz der NATO-Flieger' einen „Blitzkrieg“ durch und eroberte die überwiegend von Serben bewohnte Krajina. Innerhalb weniger Tage wurden 250.000 Serben vertrieben, die bis dahin schnellste und größte „ethnische Säuberung“ im jugoslawischen Krieg.

Keine Seite führte einen Befreiungskrieg, alle führten Krieg zur Plünderung und Vertreibung der Nachbarn anderer Nationalität.

Über weite Strecken war die Kriegsführung nicht von militärstrategischen Erwägungen bestimmt, sondern davon, wie die Milizen und ihre Auftraggeber

Frieden nach Dayton

Im November 1995 erreichte der Krieg in Bosnien ein Abkommen von Dayton. Es wurden die Vertreibungs Eroberungen festgeschrieben. Daß die USA und die EU kommen, liegt weder an den Verhandlungsgeschick an der Friedenssensuchen nationaler Führer, denn an der Erreichung Kriegsziele durch die Milizen und deren Erschöpfung chermaben.

Kein Wiederaufbau

Einen Wiederaufbau des zerstörten Bosnien hat es seit nicht gegeben. Sowohl bosnische Serbenrepublik auch die bosnisch-kroatische Föderation sind militärisch der NATO und anderen in dem wie Rußland besser Hunderttausende Menschenle Nationalitäten leben Pflichtlinge. Der einträgliche Wirtschaftszweig ist der Handel mit UN-Hilfs Gütern.

Weder den zu Kapitalistengewendeten Bürokraten r die westliche Militärintervention können eine Perspektive die Völker Ex-Jugoslawien bieten. Nur wenn es gelingt im Widerstand gegen Arr Arbeitelossigkeiten und die Diktatur der Kriegsführten und Besatzungstruppen eine meinsame Front der ArbeiterInnen, Arbeitelosen und Bauern aller Nationalität zu formieren, kann eine wirkliche Alternative aufgebaut



Arbeiterkonferenz in Rußland

Am 3. und 4. April 1999 trafen sich in Woronesch 77 Vertreter verschiedener Organisationen unter dem Motto „Für den Sieg der Arbeitersolidarität“, zu der die Sektion des Komitee für eine Arbeiterinternationale in der früheren Sowjetunion eingeladen hatte.

Die Teilnehmer kamen aus Rußland, der Ukraine, Moldawien und Kasachstan. Zunächst nahm der irische sozialistische Parlamentsabgeordnete Joe Higgins teil, eine Vertreterin des CWI und ich selber, als Mitglied der SAV und deutscher Gewerkschaftsaktivist.

Unter den Teilnehmern befanden sich Bergarbeiter aus Workuta, die beim Protest der 300köpfigen Bergarbeiterdelegation im letzten Sommer vor dem Weissen Haus in Moskau teilgenommen haben. Eine Delegation kam vom Streikkomitee einer Stadt südlich von Moskau.

Ein Vertreter der Bergarbeiter aus Kentau in Kasachstan berichtete, wie die Auseinandersetzung mit den örtlichen Behörden und Betriebsleitungen um Löhne, die fehlende Versorgung mit Strom und Gas in einem Marsch der Bergarbeiter gipfelte, der von der Polizei eingekesselt wurde. Weiterhin waren der führende Vertreter der Busfahrergewerkschaft aus Kiew, Mitglieder der „Arbeiterbewegung Kasachstan“ (ein Zusammenschluß von betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivisten), eine Vertreterin der Führung der Konföderation Freier Gewerkschaften Kasachstan, Vertreterinnen einzelner gewerkschaftlichen Menschenrechtsorganisation und örtliche Vertreter neuer entstandener Gewerkschaften aus Rynne und Lwow anwesend.

Letztere schilderten die Bedingungen, unter denen sie in Konkurrenz zu den alten Staatsgewerkschaften den Aufbau unabhängiger Gewerkschaften betreiben. Es fehlt ihnen dabei am wichtigsten, wie einem Büro und technischer Ausstattung. Außerdem haben sie dauernd Auseinandersetzungen mit staatlichen Institutionen, wie z. B. Arbeitsgerichten. Vertreter aus Woronesch berichteten von ihren Aktivitäten gegen den Bau eines Atomkraftwerkes vom Tschernobyl-Typ in der direkten Nähe von Woronesch.

Zu Beginn der Konferenz sprach Madell Ismailow. Er schilderte eindrückliche die Umstände, unter denen er die letzten 12 Monate im Straflager Petropavlovsk in Kasachstan verbringen mußte. Ein Ergebnis dieser Konferenz war, daß 15 Teilnehmer dem CWI beitreten wollten.

Vor allem aber wurden wichtige Kontakte zwischen Aktivisten der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hergestellt, die Voraussetzung sind für eine praktische Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung von

International gegen den Krieg

Berichte aus dem Komitee für eine Arbeiterinternationale

Weltweit stehen die Mitglieder des Komitees für eine Arbeiterinternationale, der internationalen sozialistischen Organisation der die SAV angeschlossen ist an vorderster Front im Kampf gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien und für das Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-AlbanerInnen. Die internationale Presse der Mitgliedorganisationen des CWI hat den Kampf gegen den Krieg in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattungen gestellt. Aber auch bei der Organisation von Anti-Kriegs-Protesten haben CWI-Mitglieder weltweit eine Rolle gespielt.

In Schweden gibt es tägliche Demonstrationen gegen die NATO in Stockholm, Göteborg und Malmö, wo es auch große jugoslawische Gemeinden gibt. Die schwedische Sektion des CWI, die Sozialistische Gerechtigkeitspartei, nimmt an diesen Protesten teil. Bei einigen Demonstrationen wurde die Zeitung „Offensiv“ ausverkauft. Auf einer Demonstration mit 4000 Teilnehmern in Stockholm haben wir 295 Zeitungen verkauft. Unsere Partei hatte auf zwei Kundgebungen RednerInnen. Elin Garffin, die zweite Vorsitzende der RS, erhielt großen Applaus, als sie auf einer

Joe Higgins gegen den Krieg

Joe Higgins ist Abgeordneter der Socialist Party (Schwestepartei der SAV) im irischen Parlament. Am 26. März 1999 hielt er folgende Rede:

„Die Bewohner des Kosovo haben das Recht auf Selbstbestimmung und auf einen unab-



Joe Higgins bei einer Rede

hängigen Staat. Gleichzeitig muß die serbische Minderheit im Kosovo eine Garantie erhalten, daß ihre kulturellen und politischen Rechte respektiert werden.

Die brutale Politik der NATO-Luftangriffe kann und wird die extrem komplexen Fragen des Zusammenlebens der Völker nicht lösen, weder auf dem Balkan noch anderswo. Auf alle Fälle ist die NATO kein Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Menschen im Kosovo.

Nicht das schmutzige und verwerfliche Milosevic-Regime wird unter den Folgen

Kundgebung in Stockholm sagte, daß es die Aufgabe des serbischen Volkes ist, Milosevic zu stürzen und nicht die der NATO. Trotzdem gibt es wachsende serbisch-nationalistische Ausrichtungen bei Demonstrationen und es besteht die Gefahr, daß diese zur Selbstisolation führen und die Entwicklung einer breiten Anti-Kriegs-Bewegung in Schweden verhindert.

In Israel hat Ma'avak Socialist die israelische Gruppe des Komitees für eine Arbeiterinternationale, bei einer Kundgebung von 50.000 Jugendlichen zur Unterstützung der Flüchtlinge im Kosovo eingegriffen und Flugblätter gegen den NATO-Angriff verteilt. Die Parole „Für den Kosovo kann es nur eine sozialistische Lösung geben“ weckte bei vielen das Interesse und erhöhte die Nachfrage nach den Flugblättern. Unter den Teilnehmern sah man eine Reihe roter Fahnen, vor allem von der Histadruth Gewerkschaftsjugend.

In Österreich hat die Sozialistische Offensive VORWÄRTS (SOV) sich von Beginn der Bombardierungen an der Anti-Kriegs-Bewegung beteiligt. Auch in Österreich sind einige Demonstrationen von serbischen Nationalisten dominiert, wobei die Zusammensetzung

Milosevic kann durch die NATO-Angriffe seine Diktatur sogar noch stärken. Er kann sie als Deckmantel benutzen, um die serbische Opposition noch weiter auszuschaften, auch Organisationen wie die unabhängigen Gewerkschaften, die gegen sein Regime kämpfen.



Anti-Kriegs Titel von Zeitungen des CWI

gemischt ist und die SOV viele Zeitungen verkaufen konnte. Ein Anti-Kriegs-Bündnis ist geplazt, weil der jugoslawische Dachverband nicht mit der SOV zusammenarbeiten will, da wir das Selbstbestimmungsrecht für den Kosovo unterstützen. Ein kleines Bündnis, das die Forderungen „NATO raus aus dem Balkan!“, „Selbstbestimmungsrecht für den Kosovo“ und „Asylrecht für alle Flüchtlinge und Deserteure“ verteilt, wurde mittlerweile gegründet.

Ich glaube, der Ausweg führt nur über die Verbindung der Oppositionsbewegungen der einfachen Menschen in Serbien und der Bewegung der Arbeiter und Bauern im Kosovo, um auf der Basis von Freiheit, Respekt vor politischen und kulturellen Unterschieden und auf der Basis von demokratischem Sozialismus in einer freiwilligen Föderation den Reichtum der Region zu nutzen. Nur dann können wir Frieden auf dem Balkan haben, nur dann werden die Rechte aller Völker respektiert und dem momentanen Alptraum ein Ende machen. Das wird allerdings niemals durch Bomben erreicht.“

Griechenland steht auf

Wut und Empörung haben ganz Griechenland ergriffen, als die NATO begann Jugoslawien zu bombardieren. Bürgerliche Kommentatoren und Medien führen dies auf die Tatsache zurück, daß Serben und Griechen dieselbe Religion, orthodoxes Christentum, haben, doch dies ist nur ein zweitrangiger Faktor. Hauptsächlich sehen wir eine Widerbelebung der alten anti-imperialistischen, anti-NATO-Gefühle der griechischen Massen und ernsthafter Angst davor, daß der Krieg den gesamten Balkan destabilisieren könnte und sogar Griechenland in den Krieg hineingezogen werden könnte.

Griechen können nur Empörung empfinden, wenn sie hören, daß die NATO angeblich die Rechte der Kosovo-AlbanerInnen und der Flüchtlinge unterstützen würde, denn sie haben noch in Erinnerung, daß die NATO nichts zur Verteidigung der Flüchtlinge auf Zypern im Jahre 1974 nach der türkischen Invasion getan hat und sie sind sich bewußt, daß die NATO nichts gegen die Massaker der türkischen Armee an KurdInnen unternimmt.

Natürlich sind die Nationalisten und die orthodoxe Kirche in der Anti-Kriegs-Bewegung sehr aktiv, aber das vorhersehende Gefühl ist antimperialistisch. Es ist auch wichtig festzustellen, daß bei den Kundgebungen und Demonstrationen die politische Linke dominierend ist.

Jeden Tag gibt es Mobilisierungen und Kundgebungen gegen den Krieg in ganz Griechenland. Diese sind hauptsächlich von der kommunistischen Partei organisiert, aber auch Künstler und Intellektuelle haben sich zu einer Vereinigung zusammengeslossen, die erfolgreiche Aktionen organisiert. Eine Reihe von Gewerkschaften haben Resolutionen gegen den NATO-Angriff verabschiedet.

Am wichtigsten sind die Resolutionen der Eisenbahner und Hafenarbeiter von Slonica, die beschlossen haben, daß sie in den Streik treten werden, falls sie in irgendeiner Form an einer Unterstützung des NATO-Angriffs teilnehmen

sollen, vor allem falls NATO-Truppen in Griechenland aufmarschieren wollen, um von dort aus Jugoslawien anzugreifen.

Für Ende April ist ein dreistündiger Streik ausgerufen. Schon Anfang April hatten sich zwei Millionen an einem Generalstreik beteiligt. An griechischen Verhältnissen gemessen ist das aber nichts besonderes und die Gewerkschaften scheinen nicht wirklich mobilisieren zu wollen.

Es hat auch sehr kämpferische Mobilisierungen durch die Kommunistische Partei in Nordgriechenland gegeben, um NATO-Versorgungsfahrten zu den Truppen nach Mazedonien zu stoppen. Dabei ist es auch zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen und in einigen Fällen mußten NATO-Transporter ihre Route ändern.

Ein griechisches Schiff spielt eine Unterstützungsrolle für die NATO-Marine. Eine kleine Anzahl griechischer Matrosen hat dazu den Dienst verweigert. Diese wurden zuerst mit einer Anklage wegen Desertion bedroht, nun werden sie aber nur wegen Ungehorsamkeit zur Verantwortung gezogen. Andere Matrosen haben Unterschriften zur Unterstützung der angeklagten Matrosen gesammelt.

Der Alptraum der griechischen Regierung ist, daß die NATO sich tatsächlich entscheidet und die griechische Regierung bitter, griechische Häfen, Straßen und Eisenbahnverbindungen zu benutzen. Die mögliche Ausdehnung des Krieges und die Gefahr einer Umweltkatastrophe für den gesamten Balkan unterstreicht den explosiven Charakter der Bewegung in den kommenden Wochen.

Xekimima, die griechische Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale, nimmt aktiv an der Anti-Kriegs-Bewegung teil. Sie ist die einzige Kraft auf der Linken, die das Selbstbestimmungsrecht für die Kosovo-AlbanerInnen fordert.

Andros, Herausgeber von Xekimima

Rußland und der Krieg

Wut über die NATO-Aggression ist das vorherrschende Gefühl in Rußland. Es gibt nur wenige, die die Angriffe gutheißen. Aber die Motivation für die Opposition gegen die NATO ist unterschiedlich. Einige sagen, daß, obwohl Milosevic schlecht ist, die Bombardierung des serbischen Volkes schlimmer ist. Einige Studenten haben gesagt, sie seien weder für Milosevic noch für die NATO und daß es um einen Machtkampf auf Kosten des Volkes gehe.

Die Angriffe waren aber ein willkommenes Anlaß für Rußlands herrschende Elite, um von der neuen Regierungskrise abzulenken, umso mehr, da ja die „slawischen Brüder“ in Serbien angegriffen werden. Wie ein Mann (es gibt nur wenige Frauen in Rußlands Politik) stehen die russischen Politiker hinter Milosevic. Schirnowski, unterstützt von den „kommunistischen“ Parteien hat laute Proteste außerhalb der amerikanischen und britischen Botschaft organisiert. Obwohl einige der Demonstrationen aus ethischen Motiven

Kriegsschiffe in die Adria entsenden sollen.

Es werden Freiwillige für den Kampf auf der serbischen Seite angeworben. Es hat nur zwei Tage gedauert, bis das „kommunistische“-dominierte Parlament (die Duma) Serbiens Antrag, der russisch-weißrussischen Union beizutreten, angenommen hatte, obwohl das Amtsenthebungsverfahren gegen Jelzin um Monate verschoben wurde.

Das Auftreten von pro-slawischer Solidarität hat eine Reaktion unter Rußlands großer islamischer Bevölkerung provoziert. Im muslimischen Tatarstan werden freiwillige für die kosovo-albanische Seite angeworben. Die NATO hat nicht nur die Situation auf dem Balkan verschlimmert, sondern auch die reaktionären Nationalisten in Rußland gestärkt. Leider haben nur wenige der besten Arbeiteraktivisten die Propaganda durchschaut und sind bereit eine sozialistische Position zu beziehen. Auf dem kürzlich organisierten Konferenz für Arbeitersolidarität in Woronesch haben Bergarbeiter aus Workuta, Führer der „Arbeiterbewegung Kasachstans“

Was will die SAV?

Fast jeder macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitest sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Mindeinheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand
Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelterstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV
Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung *Voran* gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr verdieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität
Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen uns gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig. Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, Jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiter-Internationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei:
Die Abwahl von Kohl war eine Ermütigung für die Mehrheit der Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen in Deutschland. Aber die Erwartungen der Bevölkerung werden unvermeid-

lich enttäuscht werden, da weder SPD noch Grüne bereit sind, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen. Das ist die Marktwirtschaft akzeptieren, werden sie versuchen, die Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus
Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft in der, die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Gegen staatlichen Rassismus
★ Weg mit den Ausländergesetzen.
★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
★ Keine Abschiebungen
Keinen Fußbreit den Nazis
★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten
Abrüstung jetzt
★ Gegen Auslandsentsätze der Bundeswehr
★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion
Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften
★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmen und Regierung
★ Funktionen dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals
★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastriicht
Für eine sozialistische Demokratie
★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung; Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Umweltschutz
★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltschädlicher Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs
Bezahlbare Wohnungen
★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
★ Verbot von Makler Tätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung



Ralf Becker, Aachen

Ich bin seit Juni 1998 Mitglied der SAV. Nach einer ersten Zeit des Misstrauens und Abwartens bin ich mittlerweile vollkommen überzeugt von der Idee einer Arbeiterdemokratie und der Arbeit der SAV. Seit meinem Eintritt in unsere Partei beobachte ich auch andere links orientierte Parteien und Gruppierungen genauer und stelle mit Zufriedenheit fest, daß die SAV in meinen Augen tatsächlich die einzige

Warum ich bei der SAV mitmache

echte Alternative zu den etablierten Parteien ist, die ich erkennen kann. Es beeindruckt mich immer wieder auf Treffen und Veranstaltungen, daß ein großer Teil vor allem der erfahrenen Mitglieder ganz klare Vorstellungen von einem sozialistischen Gesellschaftssystem haben und außerdem den Mut und die Fähigkeiten besitzen für diese Vorstellungen einzusetzen und sie in die Tat umzusetzen. Das was unsere neue Regierung betreibt halte ich für nichts anderes als Kosmetik, um ein System, das auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht, besser aussehen zu lassen. Leider hat sich wohl auch

Spendenfonds

Spenden gegen den Krieg

Täglich flimmern dramatische Berichte über das Fluchtinsgelend über die Bildschirme. Viele Menschen in Deutschland wollen dabei nicht tatenlos zusehen und spenden viel Geld für Hilfsorganisationen. Das zeigt: Viele Menschen sind bereit zur Solidarität mit anderen in Not. Das Problem ist aber, daß diese Hilfsorganisationen beispielsweise, wenn das gespendete Geld nicht in irgendwelchen Bürokraten versandet, ein bisschen von der Not lindern können, die die Politik der Herrschenden hervorgerufen hat. Die Ursachen bekämpfen sie nicht.

Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

Sommerappell 99:
Ziel: 15.500 DM

Bis jetzt:
11.309 DM Zusage

Spendenkonto:
2500 59 430

Postbank Essen
(BLZ: 360 100 43)

gegen Kapital

11.309 DM

zugewagt

solche sozialistische Veränderungen der Gesellschaft ein. Mit der VORAN, unseren Flugblättern und Plakaten wollen wir eine Gegenöffentlichkeit gegen die die bürgerlichen Medien dominierende Kriegpropaganda schaffen und Jugendliche und Arbeiterinnen und Teilnehmer der diesjährigen Bundeskonferenz haben die großartige Summe von 1 DM gespendet oder versprochen. Alle Mitglieder und Sympathisanten, die noch nicht gespendet haben, sind aufgefordert, daß wir unser Ziel von 15 übertrafen und so unsere Teilnahme an Kommunalwahlkämpfen in diesem Jahr zu finanzieren

Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

- Aachen**
OG Ost: Dienstags, 19.00 Uhr, „Au Pent Bistrot“, Adalbertsteinweg 119
OG Nord: Mittwochs, 19.30 Uhr, Che-Haus, Ponsstr. 41
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Umwehr- u. Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1
Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro
- Berlin**
OG Tregow-Köpenick: Mittwochs 19 Uhr, Selbsthilfenzentrum, Femmsr. 31, S-Bahnhof Schöneeweide
OG Prenzlberg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 18a, S-Bahn Prenzlauer Allee
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro
- Bremen**
Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehnschloß, Haselöder Osterdeich 230
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Bremerhaven**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Frankfurt/Main**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Freiburg**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Hamburg**
jeweils dienstags, 19 Uhr, im GWA St. Pauli, Hamburger Hochstr. 2 (S-Bahn Reeperbahn)
Infos unter Tel. (040) 7662 17 97
- Kassel**
Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlaachhof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522
- Kiel**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Köln**
12.05.: Podiumsdiskussion mit PPS und Grünen zum Krieg in Jugoslawien im Bürgerhaus Stollwerk, Dreikönigsstr. 23
20.05.: Kein Fußbreit den Nazis 27.05.: Gegen das Europa der Banken und Konzerne jeweils donnerstags 19.30 Uhr
- Rostock**
3.5.: Für eine sozialistische Kommunalpolitik - KKK der SAV in der Volkss Goethestraße 10.
SAV-Treffen jede Woche dienstags, 19 Uhr, SAV gusenstraße 92 (Eingang Grüner Weg), Infos im (0381) 49965 90 im SAV
- Siegen**
Mittwochs, 19 Uhr UT afrikanischen Verein, tertiärung 12 (neben Infos Tel.: (0271) 51
- Stuttgart**
21.4.: „Stuttgart 21“ jeweils mittwochs, 19, gendhaus Mitte, Hoh Infos unter Tel.: (071
- Sonstige**
Kontakt zu folgenden über die SAV-Bundes Tel.: (0221) 13 45 04, Duisburg, Göttingen, und Saarbrücken.

Eine sozialistische Alternative zum Krieg

SAV aktiv gegen die NATO-Bomben

Mit dem Beginn der NATO-Bombardierungen gegen Jugoslawien haben SAV-Ortsgruppen in ganz Deutschland die Anti-Kriegs-Propaganda und die Organisation von Protesten in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt. Keine 24 Stunden nach Abwurf der ersten Bombe haben SAV-Mitglieder in Köln und Kassel erste Proteste organisiert. Die SAV-Bundeskonferenz, die am Osterwochenende in Köln tagte, diskutierte die Haltung der Partei zum Krieg und beschloß an Protesten teilzunehmen. VORAN gibt einen Überblick aus den verschiedenen Ortsgruppen.

Köln

Am ersten Tag der Bombenangriffe fand auf Initiative von SAV-Mitgliedern eine erste Demonstration statt, an der



100 Menschen teilnahmen. Am Ostermarsch nahmen ca. 3000 KriegsgegnerInnen teil. Wir konnten dort 200 VORAN verkaufen. Die SAV gehört zu den MitbegründerInnen des Bündnisses „KölnernInnen und Kölner“ gegen den Krieg, das wöchentliche Demonstrationen durchführt und einen Anti-Kriegs-Block bei der Demonstration am 1. Mai organisiert wird.

Kassel

Krieg ist Frieden – Sklaverei ist Freiheit – Bomben sind humanitär. Dieser etwas abgewandelte Spruch von Georg Orwell, der die Propaganda der Kriegstreiber und ihre Fähigkeit, die Unmenschlichkeit ihrer imperialistischen Interessen sprachlich zu verkleistern, deutlich machen soll, zierte das Flugblatt, mit dem die

SAV in Kassel zur Gründung eines Jugendaktionskomitees gegen den Krieg mobilisierte. Etwa 40 SchülerInnen, Schüler, Studenten und Auszubildende folgten diesem ersten Auftritt und erschienen zum Gründungsstreffen. Eine kurze inhaltliche Plattform, die neben der Forderung nach einem Stopp des Angriffskriegs der NATO und der Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht aller Menschen auf dem Balkan auch die sofortige Organisation einer bundesweiten Antikriegsdemonstration durch Friedensbewegung und Gewerkschaften beinhaltet, wurde verabschiedet. In Anlehnung an den sehr kämpferischen Ostermarsch in Kassel, zu dem sieben Mal so viele Menschen (1500) kamen wie im Vorjahr, der mit dem Singen der Internationale endete und auf dem fast jeder Zehnte eine VORAN kaufte, waren sich alle einig, daß es mit braven Mahnwachen als Widerstandstaktik gegen den Krieg nicht getan ist. Neben SPD-Büros zusammen mit Erwerbsloseninitiativen, mit dem Ziel, deutlich zu machen, daß die SPD Geld für Bomben verschwendet und gleichzeitig im sozialen Bereich kürzt, wurde ein wöchentliches stadtwweiter Aktionstag gegen den Krieg verabredet und inzwischen auch schon mehrmals mit steigender Beteiligung durchgeführt.

Berlin

In Berlin fanden einige der größten Anti-Kriegs-Proteste statt. An einer Kundgebung der PDS nahmen 10.000 Menschen teil, genauso viele waren bei der Demonstration zu den Ostermärschen. Die SAV Berlin konnte allein in den ersten zwei Wochen 450 Unterschriften auf Protesten und weiteren vier Straßenaktionen sammeln, 300 VORAN verkaufen. Außerdem verklebten wir 150 Plakate gegen den Krieg und haben insgesamt fast 1500 DM Spenden gesammelt.

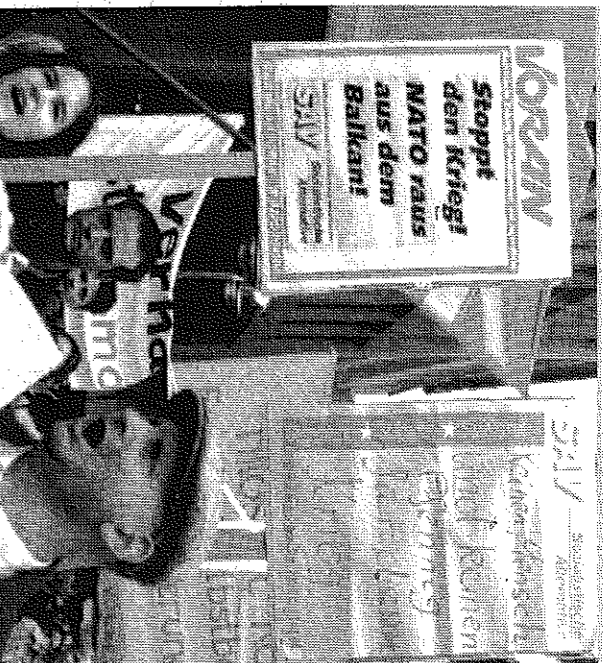
Hamburg

Die SAV Hamburg beteiligt sich an den wöchentlichen Demonstrationen gegen den Krieg und konnte schon über achtzig VORAN verkaufen. Im

Stadtteil Hamburg-Harburg hat die SAV eine Initiative gegen den Krieg gegründet.

Rostock

Schon am 25. März nahm die SAV an einem Anti-Kriegs-Protest teil, zu dem ein PDS-Landtagsabgeordneter aufgerufen hatte. Es gibt tägliche Mahnwachen, an denen bis zu 50 Personen teilnehmen. Am 1. April haben SAV und Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) zu einer Demonstration aufgerufen, die zum SPD-Parteibüro gezogen ist. An dieser Demo nahmen 1000 Leute teil. Rostocker SAV-Mitglieder haben auch an Protesten in Schwerin und Warmingunde teilgenommen. Über 120 VORAN konnten schon verkauft werden. Viele LeserInnen haben einen großen Informationsbedarf zum Ausdruck gebracht und gesagt, daß sie erst nach dem Lesen der VORAN das Gefühl hatten, Bescheid zu wissen. Roland Luther, Rostock



3500 Menschen nahmen am diesjährigen Ostermarsch in Köln teil

Dresden

Am 16. April hat sich die Dresdener SAV an einer Demonstration beteiligt, zu der die PDS aufgerufen hatte, an der 10.000 Menschen teilgenommen haben. Auf dieser Demonstration hat ein SAV-Mitglied alleine fast vierzig Exemplare des VORAN-Extraheftes verkaufen können. Bei einer Demonstration des Euro-marsch-Bündnisses gegen das EU-Finanzministerstreffen in Dresden hat ein SAV-Vertreter eine Rede gehalten.

Aachen

Am 21. April versammelten sich nach einem Aufruf der SAV 40 SchülerInnen auf dem Aachener Markt, direkt vor dem Rathaus, um gegen den Krieg zu protestieren. Nachdem wir Flugblätter vor mehreren Schulen verteilt hatten, hofften wir auf rege Beteiligung. Allerdings scheint die offensive Kriegspropaganda der Medien doch viele Leute zu verunsichern.

Trotzdem konnten wir viele ausführliche Diskussionen führen, haben 10 VORAN verkauft und 30 DM für den Spendenfonds gesammelt. Der größte Erfolg war aber, daß sieben Leute uns spontan ihre Adresse gaben, um mit uns weiter über den Aufbau der SAV zu diskutieren. Mit dreien haben wir direkt im Anschluß an die Aktion über unsere sozialistische Alternative diskutiert.

Stuttgart

46 Leute waren auf der Veranstaltung, die die SAV sofort nach dem Beginn der Bombenangriffe organisiert hat. Dort wurde beschlossen eine Demonstration zu organisieren und zu einem Bündnistreffen einzuladen. Seitdem finden mindestens wöchentlich Demonstrationen mit mehreren hundert TeilnehmerInnen statt. Auf allen Kundgebungen haben Mitglieder der SAV gesprochen. Wir verkaufen sehr viele Zeitungen und haben schon einige Leute kennengelernt, die Interesse haben, sich in der SAV zu organisieren. Drei davon sind bereits Mitglied geworden.

Leserbrief

Das alte Lied
Los, aufmarschier
in Reih und Glied
Was dann geschieht
– das alte Lied

Immer schon seit 100 Jahren
Sah man deutsche Panzer fahren
Ob im Golfkrieg
oder der Türkei
Bundesdeutsches
Spielzeug
war schon immer mit dabei
Doch wann zumndest
die Soldaten
Vor kurzem noch aus
anderen Staaten
Jetzt flugs zurück
zur großen Bühne
Egal ob „Rote“ oder Grüne
Demn Joschka Fischers
(Ex-)Gewissen
Benihigt der Reingewinn
von Thyssen
Und die sozialen Demokraten?
Die haben uns
schon!1914 verraten!

Was dann geschah
– das alte Lied
Zum Sterben aufstellen,
in Reih und Glied

„Na los,
jetzt sind wir wieder wer
Warum nur Bomben
– rein das Heer
Demn dieser Krieg,
der ist human“
(Na klar – wenn Frösche Fahrrad fährt)
Im deutschen
Großmachtinteresse
Da leidet halt die freie Presse
Denn was schon einmal
gleichgeschaltet
Wird heute halt gekommt

von den Serben
Die mittels deutscher Bomben
sterben

2 Milliarden \$ in 7 Tagen
Und wagt es einer mal
zu fragen
Wie viele Menschen,
die täglich erfreren
An Krankheiten sterben,
vor Hunger krepieren
Wärm damit zu retten?
Die Reaktion ist:
„Hört denn da nicht zu
– denn der ist Kommunist!“

Doch wer nicht fragt,
was da geschieht
Der pfeift es mit
– das alte Lied

Wir wollen
für Frieden – bombardieren
Wir wollen helfen
– durch einmarschieren
Leute versteht es,
es ist längst bekant
Der Hauptfeind,
der steht im eigenen Land
Und wenn dann ein deutscher
einem andern Prolet
Mit gezucktem Gewehr
gegenübersteht
Und sie wissen von ihrem
gemeinsamen Feind,
Und sie heben die Fauste und
Kämpfen vereint,
Und sie hissen das rote Banner,
Und sie jagen das Kapital
zur Hölle
Damit wir endlich Frieden
haben
Und das Brot und das Leben,
das sie uns nie gaben

Von allem,
was dann endlich geschieht
Kündet ein anderes – altes
Lied

Spuckis gegen den Krieg
Bei der SAV Kassel sind Spuckis mit verschiedenen Motiven gegen den Krieg zu bestellen. 100 Stück kosten 2,50 Mark plus Porto. Bestellung unter (05 61) 9223522

BEGREN EIN EUROPA DER BALKEN UND KONZERNIE.

Erfolgreiche SAV-Konferenz

Vom 2. bis 4. April tagte die Bundeskonferenz der Sozialistischen Alternative in Köln. Neben den über 100 Delegierten aus den SAV-Ortsgruppen nahmen auch Vertreter der SAV-Schwesterorganisationen aus Frankreich und den Niederlanden, ein Vertreter des Komitees für eine Arbeiterinternationale und Repräsentanten sozialistischer Organisationen aus der Türkei und dem Irak teil. Die Konferenz verabschiedete ein Grundsatzzprogramm der SAV, sowie Resolutionen zu den Aussichten für Wirtschaft und Politik in Deutschland und zum weiteren Aufbau der SAV. Die

Verkauf VORAN Zeitung der SAV

Nie war es so wichtig, eine unabhängige Zeitung zu haben, wie zu der Zeit, da Deutschland Kriegspartei ist. „Das erste Opfer im Krieg ist die Wahrheit“, geben selbst die Kommentatoren diverser Tageszeitungen zu um dann doch das zu schreiben, was offizielle Propaganda ist. VORAN steht auf der Seite der Opfer des Nato-Krieges und der Opfer von Milosevic und allen anderen Herrschern dieser Welt. Die Opfer und die Arbeiterbewegung international haben ein existentielles Interesse an der Wahrheit und den wahren Ursachen für Krieg und Vertreibung. Deshalb konnten und können wir die VORAN bei Demonstrationen und auf der Straße an Deutsche, Albaner, Serben, Kurden, Türken, Kroaten, Muslime, an Menschen jeder Nationalität verkaufen. Ärger haben wir dagegen mit einem Funktionär der Grünen bekommen, der uns den Verkauf auf einer Veranstaltung der Kölner Grünen

onniert VORAN!

zehn Ausgaben zu 25 DM

zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf

Name: _____ Adresse: _____

Solidaritätspreis 3,- DM

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 205 Mai 99 1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der
SAV
Sozialistische Alternati

Auf nach Köln 29. Mai 1999 Europäische Demonstration

Am 29. Mai findet in Köln die internationale Demonstration gegen Arbeitslosigkeit, Armut, Rassismus und Krieg statt. Viele zehntausend Menschen werden gegen den Gipfel der EU-Regierungschefs demonstrieren, auf denen die hohen Damen und Herren darüber beraten, wie sie ihre Macht erhalten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitslosen der verschiedenen Länder gegeneinander ausspielen können.

Claus Ludwig, Köln
Schrüder, Blair, Jospin und Co. werden unter anderem über ein „Beschäftigungsplan“ reden, mit dem die Löhne und Gehälter europaweit gedrückt werden sollen sowie über die europäische Verteidigungsstruktur im Rahmen der NATO. Wie die europäische „Verteidigung“ aussieht, zeigt die Beteiligung der EU-Staaten am Angriffskrieg gegen Jugoslawien, der nicht den albanischen Flüchtlingen hilft, sondern nur den strategischen Interessen der Mächtigen in den USA und der EU dient.

Wir wollen mit dieser Demonstration zeigen, daß wir nicht bereit sind, die Kriege der Herrschenden und ihre „Schwänze“ zu akzeptieren.
385 Milliarden
In den 90er Jahren sollte angeblich die „Neue Weltordnung“ aufgebaut werden, die globale Marktwirtschaft sollte Wohlstand und Frieden bringen. Ein Jahrzehnt danach befindet sich die Welt in einem erbärmlichen Zustand. Die „Schwellenländer“ in Südostasien befinden sich an der Schwelle zum Zusammenbruch. In Indonesien wurde innerhalb eines Jahres die Hälfte der 202 Millionen Einwohner zu Armen, die nicht wissen, was sie am nächsten Tag essen sollen. Rußland versinkt im Elend.

Eine kleine Minderheit häuft grotesken Reichtum an. Die 500 größten Banken und Konzerne kontrollieren 80 Prozent des Weltmarktes. 358 Milliarden haben so viel Vermögen wie die arme Hälfte der Weltbevölkerung an Jahreseinkom-

men bezieht. Eine Milliarde Menschen sind Analphabeten, weil sie keine Möglichkeit zum Schulbesuch haben. Eine Milliarde Menschen sind arbeitslos oder arbeiten nur stundenweise.
Diktatur der Zentralbank
Mit der Einführung des EURO wird der Konkurrenzkampf zwischen den Arbeitnehmern verschärft. Um am EURO teilzunehmen, muß jedes Land Auflagen erfüllen, die automatisch zu Sozialkürzungen führen.

Die Währungsunion beinhaltet diktatorische Vollmachten für die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt. Dort werden die strikt an den Profitinteressen ausgerichteten Vorgaben für die Wirtschaftspolitik sämtlicher EU-Staaten gemacht. Wahl- oder abwählbar sind die Machtstrukturen der EU nicht. Die EU-„Regierung“, die Kommissare, werden ernannt und sind zudem bestechlich.
EU und EWU führen nicht zur europäischen „Einkung“. Sie zementieren die Diktatur der Banken und Konzerne. Sie führen zum kontinentalen Lohndumping, zum Weitlauf um die schnellste Zerstörung der Sozialsysteme. Sie führen zur Spaltung der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitslosen, zu Nationalismus und Rassismus.

Das ist nicht unser Europa. Wir kämpfen für ein Europa der ArbeitnehmerInnen, in dem der Lebensstandard nach oben angeht und die Mehrheit demokratisch entscheidet, wie der produzierte Reichtum verwendet wird.
Wir rufen alle ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, SchülerInnen und Studierenden auf, am 29. Mai in Köln gegen den EU-Gipfel zu demonstrieren. Wir fordern die DGB-Gewerkschaften auf, ihre Mitglieder zu mobilisieren.

Internationaler Widerstand ist möglich: Juni 97 demonstrierten 50.000 Menschen in Amsterdam gegen den EU-Gipfel. Im gleichen Jahr wehrten sich die Renault-ArbeiterInnen in sieben Ländern gegen eine Betriebsabschließung im belgischen

Vitvoorde. Im November folgten in acht EU-Staaten Eisenbahner einem Streikaufruf der Gewerkschaften gegen die Li-

„Euromärsche“ gegen den Krieg

Die „Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Ausgrenzung, Rassismus und Krieg“ haben sich 1996 gegründet. Erste Aktionen waren die europäische Demonstration am 14. Juni 1997 in Amsterdam und die zuvor durchgeführten Arbeitslosenmärsche mit mehreren tausend TeilnehmerInnen in fast allen Staaten der EU. Die Initiative für den „Euromarsch“ kam von der französischen Arbeitslosenorganisation „ACI“ (Abkürzung für: „Gemeinsam handeln gegen die Arbeitslosigkeit“). ACI hatte in Frankreich erfolgreich spektakuläre Arbeitslosen-Proteste durchgeführt.

Die „Euromärsche“ sind das wichtigste Netzwerk von gewerkschaftlichen und Arbeitslosen-AktivistInnen sowie linken Organisationen auf europäischer Ebene.
In einer Erklärung des Koordination der „Euromärsche“ zum Balkan-Krieg heißt es: „Mit jedem Tag verschlimmert der Krieg im Kosovo die Lage der Zivilbevölkerung, die schon seit Jahren unter dem schleichenden Krieg und den Entbehrungen leidet, die vornehmlich die nationalistische Regierung Serbiens verursacht. Die USA und die EU, vermittelt über die NATO, tragen eine erdrückende Verantwortung an der gegenwärtigen Situation. Statt der Bevölkerung im Kosovo zu helfen, haben die Bombardierungen der serbischen Regierung die Möglichkeit geschaffen, die „ethnische Säuberung“ zu intensivieren und die Massaker im Kosovo zu verschärfen (...).“

Auf dem EU-Gipfel, der am 3. und 4. Juni in Köln stattfinden wird, stehen u. a. (...) auf der Tagesordnung: ein Aktionsplan, der das Ziel hat, eine europäische Verteidigungsstruktur unter dem Dach der NATO (...).
Dagegen organisiert das Netzwerk der Europäischen Märsche (...) eine Reihe von Initiativen, die am 29. Mai in einer Großdemonstration in Köln münden werden.
Wir wollen dort unsere Solidarität mit allen Völkern des Balkans ausdrücken, die Opfer des Krieges sind; die Verantwortlichen benennen: NATO, USA, EU sowie die Regierung Milosevic, und die Logik des Militarismus anklagen (...). Wir haben deshalb beschlossen, die „Euromärsche“ 1999 in „Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Ausgrenzung, Rassismus und Krieg“ umzubenen.
Köln, 16. 4. 1999



Euro-Märsche
gegen Erwerbslosigkeit,
ungeschützte Beschäftigung
und soziale Ausgrenzung

International
gegen die Diktatur der
Banken und Konzerne

- ★ Gemeinsam kämpfen gegen Arbeitslosigkeit, Billigjobs und Sozialabbau
- ★ gegen Nationalismus und Rassismus

DEMO
gegen den EU-Gipfel
Köln, 29. Mai 99

Nein zum Europa des Kapitals!
Für ein sozialistisches Europa!

SAV Sozialistische Alternative

Unsere Alternative

Mit der Abwahl der konservativen Regierungen Thatcher und Kohl hat die Mehrheit der Wähler das der neoliberalen Politik verlangt. In 13 von 15 EU-Staaten regieren sozialdemokratisch geführte Regierungen. Sie treiben wie ihre konservativen Vorgänger Politik fürs Kapital. Europaweit fehlen der arbeitenden Bevölkerung junge Parteien, die ihre Interessen vertreten. Es muß neue Arbeiterparteien aufgebaut werden. Die SAV und ihre mit ihr im Komitee für eine Arbeiterinternationale (KIA) zusammengeschlossenen Parteien haben damit begonnen. Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Klassen. Die Banken und Konzerne herrschen die Welt. Sie müssen entmachtet werden, sind für ihre Überführung in Gemeineigentum und demokratisch geplante Wirtschaft und Gesellschaft wollen werden. Die Diktatur der Banken und Konzerne Osten, noch die Diktatur der Bürokratie, wie früh wollen eine Gesellschaft in der sich Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums an den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt orientiert und nicht am Profitinteresse einer Minderheit. Der Kapitalismus herrscht weltweit, deshalb muß er weltweit beseitigt werden. Kämpfen für ein sozialistisches Europa und eine sozialistische Welt.